

Volksstimme

Einzelpreis 10 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer: Für Inserate Nr. 6206, für die Redaktion Nr. 6207 für den Verlag und die Druckerei Nr. 6205. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. — Verkaufspreis: Vom 16. bis 31. Juli 1.00 Mark. Abholer 0,90 Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10gepaltene, 27 Millimeter breite Nonpareillezeile örtlich 20 Pfennig auswärts 30 Pfennig, Familienanzeigen und Stellenangebote 12 1/2 Pfennig, Betriebsanleger 30 Pfennig. Die dreigealtene 90 Millimeter breite Kettenzeile örtlich 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldmarke = ein Dollar, geteilt durch 4,20.) Der gewöhnliche Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 8 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. Für Plausvorarbeiten keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postfachkonto Nr. 123 Magdeburg.

Nr. 163.

Magdeburg, Donnerstag den 16. Juli 1925.

36. Jahrgang.

Massenvergiftung.

Vorbeugen!

In Ottersleben wurden über 60 Menschen auf das Krankenlager geworfen, ein braver Arbeiter, Vater von sechs Kindern, ist tot, ein anderer schwebt in Lebensgefahr. Fleischvergiftung? Ein Schlächtermeister soll verdorbenes Fleisch verkauft haben. Die nähere ärztliche Untersuchung stellt Typhus fest. Paratyphusträger sollen das Wasser verseucht haben. Genaues ist bis zur Stunde noch nicht festgestellt. Fleisch- und Wasserproben wurden entnommen und durch verschiedene Stellen untersucht. Die Bedeutung und Notwendigkeit von Gesundheitsämtern, ständiger ärztlicher und hygienischer Beaufsichtigung wird mit einem Schläge klar, aber auch ihre Mängel und die Gefahren einer falschen Sparbarkeit auf diesen wichtigen Gebieten. Zur Stunde warten Tausende von Menschen auf das Ergebnis der Wasseruntersuchung, die an der Universität Halle vorgenommen wird.

Das Unglück, das Ottersleben heimsucht, erschüttert die Gemüter weit über den Ort hinaus und nicht nur dieser, sondern auch die in allernächster Nähe liegende Großstadt Magdeburg hat das größte Interesse an einer möglichst raschen Feststellung der Ursachen und der Ergreifung der notwendigen Maßnahmen, um eine Weiterverbreitung der Krankheit zu verhindern, den Ergriffenen rasche und richtige Hilfe zu bringen.

Die Bedeutung vorbeugender Maßnahmen führt der Fall Ottersleben recht eindringlich vor Augen. Verhütung ist besser, richtiger und wichtiger als Heilen.

Typhus ist ein Sammelbegriff für eine Erkrankung, die in den verschiedensten Formen auftritt. Paratyphus, der in Ottersleben grassieren soll, ist eine im allgemeinen leichtere Form des Darmtyphus. Die verheerendsten Typhusepidemien sind Flecktyphus, das zu Kriegszeiten unter Soldaten grassiert und Hungertyphus, der vor wenigen Jahren weite Gebiete Rußlands entvölkert hat. Aber auch im Deutschland der Kriegs- und Inflationszeit hat der Hungertyphus seine Opfer gefordert. Er tritt in der Regel dort auf, wo Menschen in Not und Elend leben, sich nicht genügend ernähren können. Es müssen nicht Missernten sein, wie in dem Agrarland Rußland, die den Boden für eine Hungertyphusepidemie bereiten. In der herrlichen kapitalistischen Wirtschaftsordnung erzeugen hohe Preise in Verbindung mit zu schlechten Löhnen die gleiche Wirkung. Die Geschichte der schlesischen Weber in den vierziger Jahren bezeugt es und die durch Hunger hervorgerufenen Erkrankungen aus der Kriegs- und Inflationszeit sind allen Lebenden in frischer Erinnerung. Schlechte Ernährung, schlechte Wohnung sind nicht nur für Typhus in seiner verschiedensten Form, sondern für alle Seuchen der beste Nährboden. Spätern Jahrhunderten wird die Lungenschwindsucht, die Volkskrankheit von heute, ebenso unbegreiflich sein wie uns die Pest des Mittelalters.

Vorbeugen! Vorbeugen! Laut und dringlich muß der Ruf erhoben werden. Vorbeugen! müssen vor allem die wirtschaftlich Schwachen rufen, die stets die ersten und zahlreichsten Opfer einer Seuche bringen müssen. Gute Ernährung, gute Wohnung! Das ist die beste Vorbeugungsmaßregel für alle Krankheiten, die das Leben vorzeitig bedrohen. Vorbeugen! Das ist der Sinn des Kampfes, den die Sozialdemokratie gegen die Verteuerung der Lebensmittel führt — und das ist der Sinn der Lohnkämpfe, den die Gewerkschaften führen. Die Ärzte, die Hygieniker, die Universitäten mögen sich mühen und plagen, all ihre Arbeit, all ihr Rühmchen eitel und vergeblich, wenn weite Schichten des Volkes in Not und Elend leben.

Als in Ottersleben Mann um Mann und Frau um Frau erkrankten, da vermuteten die zur Hilfe gerufenen Ärzte eine Massenvergiftung durch verdorbenes Fleisch. Nähere Beobachtung ergab, daß mangelnde hygienische Vorbeugung die Erkrankung verschuldet hat. Jetzt, nachdem das Unglück geschehen ist, werden die Brunnen in Ottersleben untersucht und Ueberlegungen werden angestellt, werden, wie ein neues Unheil verhütet werden kann. Es gibt aber nicht nur Schlächter, die durch Verarbeitung von verdorbenem Fleisch Massenvergiftungen hervorrufen. Es gibt nicht nur Wasserbrunnen, die verseucht sind. Es gibt auch Röhren der öffentlichen Meinung, die verdorbene Kost liefern, es gibt Meinungsbrunnen, die verseucht sind. Wir haben auf die Zusammenhänge von Volksseuchen und Politik hingewiesen und auf die Notwendigkeit, auch von hier aus die Seuchen zu bekämpfen.

Dazu gehört die Sicherstellung einwandfreier Quellen für die öffentliche Meinungsbildung. Einwandfreies Wasser ist für die Volksgesundheit notwendig. Ottersleben ist eine eindringliche Lehre. Wer weiß, daß ihm nur zweifelhaftes Wasser zur Verfügung steht, kann sich durch Abkochen schützen. Notwendig ist es aber auch, zu wissen, wie die Quelle beschaffen ist, aus der man sein politisches Wissen schöpft. Verdorbenes Lebensmittel verkauft, handelt verbrecherisch, verseuchte Brunnen sind eine öffentliche Gefahr. Das gleiche gilt für die Presse als wesentlichste Quelle der öffentlichen Meinungsbildung. Vor uns liegen zwei Rundschreiben, aus denen hervorgeht, wie die geistige Massenvergiftung organisiert und planmäßig verfeuert. Brunnen für die öffentliche Meinung angelegt werden. Das erste Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Zustizrat Karl Berchtold, München,
Prinz-Ludwig-Straße 1. München, im März 1925.
Streng vertraulich!

Euer Hochwohlgeboren!

Beiliegenden Aufruf vaterländisch gesinnter Unternehmer erlaube ich mir, Ihnen mit der höflichen Bitte zuzufügen, demselben Ihre beifolgende Aufmerksamkeit zuzuwenden und ihn möglichst umgehend mit Ihrer Unterschrift an mich zurückzugeben.

Sie darf Sie wohl um vertrauliche Behandlung des Inhalts sowie um Zurücksendung auch für den Fall bitten, als Sie diese außerordentlich wichtige Angelegenheit nicht unterstützen könnten.

Ein Heft der Monatschrift „Deutschland“, die mit der nächsten Nummer für unseren Plan umgestellt wird, geht Ihnen gleichzeitig als Drucksache zu.

Hochachtungsvoll
gez. Berchtold, Zustizrat.

In dem zweiten „vertraulichen“ Rundschreiben wird auseinandergesetzt, wie die deutschen Arbeiter für die Interessenpolitik des Unternehmertums eingefangen werden sollen. Auf Kosten der Arbeiter soll den Arbeitern die Zeitschrift „Deutschland“ geliefert werden, die in harmlosem Gewand politisches Gift verbreitet. Es heißt in dem Schreiben:

Geben wir unsern Arbeitern eine Zeitschrift in die Hand, sprechen wir durch sie und berufen sie den deutschen Männer und Frauen, durch tüchtige Bilder deutscher Künstler zu ihnen und ihren Frauen und Kindern — gewinnen wir ihre Seele aus geistiger Verachtung und wir gewinnen sie dem Deutschtum und dem Vaterlandsgedanken zurück.

Es gilt ein monatlich erscheinendes Blatt in den Dienst dieses Gedankens zu stellen, und wir fordern die deutsche Industrie, die deutschen Arbeitgeber zur gemeinsamen Mitarbeit an diesem Kulturwerk auf.

Große Betriebe sollen in der Zeitschrift ihren regelmäßigen Raum für wichtige technische und berufliche Mitteilungen an ihre Arbeiterschaft wie an die Allgemeinheit haben, eine Stelle zugleich, in der auch der Arbeiter sich in seinem Blatt ausdrücken und zu seinen Wertgenossen in seinem Betrieb reden kann. Die Frau soll mit ihrem Mann in ihrem Blatt eine gute Stunde froher Erholung finden, die Kinder sollen es lieben lernen und alljährlich wird ein gebundener Band sich zu einer Hausbibliothek runden, auf die der Arbeiter mit Stolz als auf sein urreiches Besitztum blickt.

Zur Verwirklichung dieses Planes haben wir die in ihrem zweiten Jahrgang stehende Zeitschrift „Deutschland“, die schon in ähnlicher Richtung arbeitet und bereit ist, sich nunmehr ganz auf unsere Gedanken einzustellen, gewonnen.

Wir unterzeichnen verpflichten uns hiermit ab April 1925 vorerst für ein Jahr, dann stückweise bis zur Abbestellung monatlich 10 bis 15 Hefte zu 40 Goldpfennige abzunehmen, als wir Arbeiter und Angeleitete beschäftigen, erhalten dafür aber, wenn gemünzt, ein diesem Betrage entsprechendes Infarcat kostenlos; die Hefte werden vom Verlag durch die Post einzeln zugestellt, falls das Unternehmen die Verteilung nicht selbst übernehmen will.

Die Unterzeichneten ersuchen Sie, sich uns durch Ihre Unterschrift am Fuße dieses Aufrufs anzuschließen.

- gez. Karl Phillips Wwe. (Eugen Jenz), Hauptverlag für den Vertriebsdienst. Regie-Tabak-Fabrikate in Deutschland.
 - gez. H. u. P. Saueremann A.-G.
 - gez. Peruja Zigarettenfabrik Georg Neßger.
 - gez. Gebr. Köhling.
 - gez. Franz Rathreiner's Nachf.
 - gez. Fritz Verne, Rahmen- und Leisten-Fabrik.
 - gez. Heinrich-Kels A.-G.
 - gez. Kulmbacher Spinnerei (Kommerzienrat Hornschuch).
 - Lozomotivfabrik Krauß u. Co.
 - München-Dachauer Papierfabrik A.-G.
 - Bräuterei-Vereinigung Kulmbach.
 - G. Zuban Zigarettenfabrik.
 - Herr. Schmidt Nachf. (H. Senje's) Hofmusikalien- und Piano-handlung.
 - Friedrich Dedel, Präzisions-Mechanik und Maschinenbau.
 - J. v. Hertel (Max Rühner), Modes, Blumen und Federn.
 - Sinde's Eismaschinen-Ges. A.-G.
 - Dr. Georg A. Krause
- Unterschrift:
Anzahl der Exemplare:

Verseuchte Brunnen werden behördlich geschlossen, Verkäufer verdorbener Waren werden bestraft. Wer vergiftete Waren bewußt verabreicht, wer Brunnen bewußt verseucht, kommt vor den Strafrichter und hat sich wegen Mordes und Mordversuchs zu verantworten. Aber straflos ist die Vergiftung der öffentlichen Meinung, straflos können ihre Brunnen verseucht werden. Gegen geistige Massenvergiftung gibt es nur ein Schutzmittel: Vorbeugen! durch Ablehnung jeder Zeitung und jeder Zeitschrift, deren Tendenz, deren Zwecke und Ziele nicht bekannt sind. Gegen unbekannte Wasserquellen empfindet jeder Mensch eine instinktive Abneigung, möge jeder daran denken, daß auch eine geistige Massenvergiftung gefährlich ist, möge sich jeder bemühen, daß es nicht nur Typhusbazillen gibt, die den Leib gefährden, sondern auch solche, die den Geist verderben.

Verhöhnung der Armen.

In einer Dauer Sitzung des Reichstags am Dienstag machte die Beratung der Aufwertungsgeetze gute Fortschritte. Das Haus zeigte das selbe Bild wie an den Vortagen. Während der Reden waren die Bänke der Abgeordneten fast leer, was sich auch daraus erklärt, daß die Fraktionen während der Plenarbehandlungen Sitzungen abhalten müssen, da sonst wegen der langen Ausdehnung der Plenarsitzungen für die Fraktionen keine Zeit zu Beratungen bleibt.

Bei den Abstimmungen füllte sich der Saal jedesmal stark. Es zeigt sich, daß sämtliche Parteien alles aufbieten, um ihre Mitglieder in Berlin zusammenzuhalten. Zunächst wurden die zurückgestellten Abstimmungen vorgenommen. Alle sozialdemokratischen Anträge wurden abgelehnt, darunter der wichtige Antrag, der bei den Sparfassen die Aufwertung von 15 auf 25 Prozent erhöhen will. Dann trat man in die Generaldebatte über die Ablösung der öffentlichen Anleihen ein. Für die Sozialdemokratie sprach Abg. Leber. Er brachte in anschaulicher Weise, gelegentlich nach rechts einige kräftige Reihenschläge ausstehend, den ganzen Unsinn des Gesetzes zum Bewußtsein. Die bewilligten 125 Millionen werden den Sparern vorenthalten und kommen wieder nur den Spekulanten zugute. Der kommunistische Redner Korjath und der böhmische Redner Seiffert unterstützten den sozialdemokratischen Standpunkt, während die übrigen Parteien sich in Schweigen hüllten.

Sitzungsbericht.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs über die Ablösung öffentlicher Anleihen. Bei § 1 findet zunächst eine allgemeine Besprechung statt. Von den Sozialdemokraten liegt der Antrag vor, den Entwurf an den Aufwertungsaußen Ausschuss zurückzüberweisen und ihn nach bestimmten Richtlinien umzugestalten.

Abg. Leber (Soz.):

Der Abgeordnete Hergt hat beinahe mit der Kunst eines Jongleurs ein Gerüst von Ausreden für die Haltung seiner Partei in der Aufwertungsfrage aufgebaut, die seine besten Freunde nicht ernst nehmen und an die er selbst zweifellos auch nicht glaubt. Er hat sich hauptsächlich damit entschuldigt, daß die Regierung für die Aufwertung nicht mehr geben wolle. Was hätten Sie wohl uns geantwortet, wenn wir einst in dieser Weise die Verantwortung für Dinge von uns geschoben hätten, die unter Regierungen beschlossen wurden, die wir verantwortlich trugen. Ein heftiger Porträt für die Rede Hergts ist noch niemals gelungen als durch die Heberschrift, die ihr die „Deutsche Tageszeitung“ gegeben hat: „Die Demagogie am Pranger.“ (Weiterzeit 5. d. Soz.) Doch um auf den geistreichen Satz zurückzukommen, mit dem Herr Hergt seine Rede abgeschlossen hat, daß nämlich ein Spatz in der Hand mehr wert sei, als eine Taube auf dem Dache, so gibt dieses Gesetz in der Tat den Sparern etwas in die Hand, was man mit einem Spatzen vergleichen kann. Bei näherem Zusehen stellt sich aber heraus, daß dieser Spatz so mager und gerupft ist, wie das Ansehen der Deutschnationalen bei den Sparern. (Große Heiterkeit.)

Nach der Schätzung der Regierung sind etwa 70 Milliarden öffentliche Anleihen im Umlauf, davon rund 20 Milliarden Abbestellbar, 50 Milliarden Neubestellbar. Bei der Frage, welche Mittel zur Aufwertung dieser Summe zur Verfügung stehen, mußte man sich die Tatsache überlegen, daß diese berarnten Werte die Opfer der Inflation sind, die eine andre Klasse von Leuten ungeheuerlich bereichert hat. Es lag also der Schluß nahe, daß man durch die Inflation Berarnte dadurch entschädigte, daß man

die durch die Inflation reich gewordenen zu einer Sondersteuer heranzog. (Sehr richtig! 5. d. Soz.) Wir haben mit unserm Vorschlag nur erreicht, daß die Regierungsparteien eine Entschädigung einbrachten, nach der in der Zukunft irgend einmal diese Inflationssteuer eingeführt werden soll.

(Hört, hört! h. d. Soz.) Durch diese glänzende Komödie will man die Lasten verschleiern, daß die Regierung weder den Mut, noch den Willen hat, an die reich gewordenen Inflationsgewinnler heranzugehen. Im Ausschuß blieb uns jetzt nur übrig, mit den Mitteln zu rechnen, die von der Regierung aus dem Etat zur Verfügung gestellt werden konnten. Regierung und Regierungsparlament einigten sich auf eine Summe von ungefähr 185 Millionen, von denen noch etwa 60 Millionen für den Sonderzweck der sogenannten Vorzugsrente abgeweiht werden. Die verbleibenden 125 Millionen haben im Ausschuß die entscheidende Rolle gespielt, und sämtliche Verbesserungsvorschläge sind daran gescheitert, daß das Finanzministerium keinen Pfennig mehr bewilligen wollte. Auch ein Verbesserungsantrag des demokratischen Abgeordneten Herrn v. Nächstofen scheiterte daran, daß die 7 Millionen, die der Antrag an Mehrkosten verursachen würde, vom Finanzministerium für unentrichtlich erklärt wurden. (Hört, hört! h. d. Soz.) Nun erschien der deutschnationalen Abgeordnete Mumm und beantragte für einen Sonderzweck, der ihm am Herzen liegt, 15 Jahre lang jährlich 5 Millionen, also insgesamt 75 Millionen, einzusetzen. (Lebhaftes Hört, hört! h. d. Soz.) Seltungsvoll erklärte Herr Mumm: Ich habe schon mit dem Reichsfinanzminister gesprochen, er hat mir zugestanden, diese 5 Millionen zu bewilligen. (Erneutes Hört, hört! h. d. Soz.) Der gleiche Reichsfinanzminister, der 3 Tage vorher erklärt hatte, eine Verringerung des Systems jenseits an den 7 Millionen, macht im Privatgespräch dem Abgeordneten Mumm mit einer Handbewegung

ein Geschenk von 15mal 5 Millionen.

(Unerhört! h. d. Soz.) Wir haben ja Verständnis dafür, daß dem jungfräulichen Augenaufschlag des Abgeordneten Mumm schwer zu widerstehen ist, aber an sich müßte der Reichsfinanzminister sich doch anderer Argumente bedienen. (Sehr richtig! h. d. Soz.)

Die 125 Millionen werden nun als Unterlage für ein System benutzt, das die Leichtigkeit bisher nicht bestanden haben wird. Zunächst wird der Anleihebesitz umgetauscht, und zwar zu einem Satze von 2 1/2 Prozent. Jeder Anleihebesitzer bekommt für 1000 Mark ein neues Papier von 25 Mark in die Hand, nach diesem Umtausch wird ein Unterschied zwischen Alt- und Neuheit gemacht. Beim Neuheit handelt es sich um diejenigen, die ihre Kriegsanleihen erst nach dem 1. Juli 1920, also zu Spekulationszwecken erworben haben. Zweifelslos haben die Herren Spekulanten kolossale Beträge in diesen Anleihen angelegt. Nun bringt es die Regierungsvorlage fertig, die Kriegsanleihen der Spekulanten, für die für je 1000 Mark 1, 2 oder 3 Pfennig bezahlt wurden, mit 25 Mark aufzuwerten. (Hört, hört! links.) Es zeigt sich, daß die Hoffnung der Spekulanten auf die Regierung Luther nicht umsonst war. Als wir im Ausschuß erreichten, daß der Neuheit von 30 auf 25 Mark herabgesetzt und dem Reich eine spätere Schuld von 1 1/2 Milliarden erspart wurde, wohl einer der größten Erfolge, die jemals in einer Kommissionsprüfung erreicht wurden.

da streifen die Spekulanten

und schloßen die Börse. Auf diesen Vorkurs hätte es nur eine Antwort geben dürfen, die letzten 2 1/2 Prozent auch noch zu streichen. (Sehr richtig! links.) Ich will schließlich, daß im Ausschuß von dem Abgeordneten W. u. d. r. erklärt wurde, die Zahlen des Abgeordneten Keil hätten einen Einbruch gemacht, daß man die Hälfte des Neuheit streichen wollte. Man mußte dadurch, daß man Alt- und Neuheit zunächst jenseitig umgetauscht wurde, auch beim Altbesitz eine Abkündigung von 2 1/2 Prozent als Ausgangspunkt nehmen und, da man den Altbesitzern an sich etwas mehr geben will, kommt man zu einem geradezu grotesken Aufbau. Die eigentliche Summe kommt erst bei der sogenannten Auslösung zum Ausdruck. Dann werden statt 25 Mark plötzlich 125 Mark gegeben, dazu kommt noch der Zins mit 4 1/2 Prozent, der aber nicht ausgezahlt, sondern der Summe zugeschlagen wird. Erst wenn die fünffache Summe ausgezahlt wird, wird auch der Zins gezahlt. Dieser Mechanismus steht zweifelslos in der Finanzgeschichte aller Zeiten einzig da. Mit diesem Antrag, daß das Papier der bekannten Altbesitzer unter allen Umständen Zinsen tragen müsse, kamen wir nicht durch. Es wurde eingewendet, man könne das Papier nicht verzinslich machen, dafür wolle man gewissermaßen ein Los schaffen, das später einmal mit einem großen Betrag gezogen werde. Auf den Einwand, daß dieses Papier für den Altbesitzer keinen Wert habe,

da er nicht 30 Jahre warten

konnte, bis er etwas bekomme, erklärten die Regierungsparteien, das Papier könne doch an der Börse verkauft werden. Glaubt jemand, daß es einen Kapitalisten gibt, der ein Papier kauft, das keinen Zins abwirft? Nun sagen die Sachverständigen vom Finanzministerium, das Papier werde zweifelslos einen Kurs haben, für das Papier von 50 Mark würde er auf 165 berechnet. Damit war Herr Herz nicht nicht zufrieden, er erinnerte sich seiner glänzenden Erfolge auf dem Gebiet des Prophezeiens und erklärte, das Papier werde sogar einen Kurs von 190 bekommen. Drei Tage später kam der richtige Prophezei von der Deutschen Bank und erklärte uns im Ausschuß: „Meine Herren, ich muß Ihnen leider erklären, das Papier wird nicht 165, auch nicht 190 Prozent Kurs, es wird überhaupt keinen Kurs haben.“ (Hört,

hört! links.) Und nun erklärten die Regierungsparteien, das sei doch sehr gut, denn dann könnten die alten Leute das Papier nicht verkaufen, sie müßten es für Kinder und Enkelkinder behalten. Ein anderer Sachverständiger führte aus, das Papier habe den Vorteil, es rege die Phantasie an. (Lachen links.) Als ob diese alten Leute eine hungrige Phantasie hätten und nicht einen hungrigen Magen! Was wird nun der Erfolg sein? Die alten Leute, die in Not sind und die wissen, daß das Papier eigentlich erst in 20 oder 25 Jahren gezogen wird, werden es zu jedem Preis abzugeben suchen. Der Erfolg wird sein, daß schließlich der ganze Rest

wieder in Händen der Spekulation

ist. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Wie funktioniert nun dieses System der Anleiheablösung, von der Seite des Reiches betrachtet? Das Reich gibt jährlich 125 Millionen; davon werden im ersten Jahre für Tilgung 83 Millionen und für Zinsen etwa 42 Millionen ausgezahlt. Der Rest von 33 oder 39 Millionen wird auf die hohe Kante gelegt. Im zweiten Jahre geschieht daselbe, und so wird im Laufe von 15 Jahren ein Fonds in Höhe von etwa 300 Millionen angesammelt zu derselben Zeit, in der die Besitzer der Papiere nicht das Nötigste zum Leben haben und sie für Wertpapier verkaufen müssen. Auch finanziell ist das eine Sinnlosigkeit. Das Gesamturteil kann nur folgendes sein: Juristisch gewiß ein einwandfrei ausgestelltes System, praktisch ein unmögliches Monstrum, finanziell eine Vergeudung von Geld ohne die Erreichung eines angemessenen Erfolgs. Ein solches Gesetz müssen wir aus diesen rein sachlichen Erwägungen ablehnen. Wir beantragen, das Gesetz an den Ausschuß zurückzuverweisen und ihn aufzutragen, es nach neuem bessern Grundriss umzugestalten. Der Neuheit ist ganz zu streichen, damit werden Mittel für den Altbesitz frei. Der gesamte Altbesitz ist um 20 Prozent aufzuwerten. Beim Umtausch soll eine Staffelung eintreten, bis zu einem Weis von 100 000 Mark sollen 20 Prozent umgetauscht werden, bei größeren Vermögen nimmt die umgetauschte Summe allmählich ab. Dadurch erreichen wir, daß die Ausgaben für dieses System nicht erheblich größer sein werden als für das jetzige System der Regierung. Ferner müßten die neuen Anleihen mit 5 Prozent verzinst werden. Schließlich müssen für diese Sonderausgaben nicht nur Mittel aus dem Etat genommen werden, sondern es müssen durch eine Inflationssteuer Mittel geschaffen werden. Noch etwas anderes kommt hinzu. Die kleinsten Stücke, die beim Umtausch eingehändigt werden, lauten auf 12 1/2 Mark Anleihe, das heißt also, daß diejenigen, die

weniger als 500 Mark geschildet haben,

nichts bekommen. (Hört, hört! h. d. Soz.) Allerdings bestimmt die § 47, daß diejenigen, die unter 500 Mark Anleihen und ein Einkommen von unter 500 Mark jährlich haben, eine Verabfindung in Höhe von 15 Prozent, bei einem Einkommen zwischen 500 und 1500 Mark eine Verabfindung in Höhe von 8 Prozent bekommen. Das bedeutet, daß die gesamte Arbeiterklasse für ihre Kriegsanleihe nichts bekommt. (Hört, hört! links.) Diese soziale Ungerechtigkeit allein würde schon hinreichen, dieses Gesetz abzulehnen.

Im Namen der Demokratischen Partei gibt Abg. Freiherr v. Nächstofen (Hannover) eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Wir sind einmütig der Auffassung, daß das vorliegende Gesetz eine sehr unglückliche Fassung erhalten hat, die zu schwersten Bedenken Veranlassung gibt. Eine so schwierige Materie, wie die vorliegende, kann nicht, wie es im Ausschuß geschehen ist, im Eiltempo erledigt werden. Wir werden daher dem Antrag der Sozialdemokraten, soweit er sich auf die Rückverweisung bezieht, zustimmen und mit Rücksicht auf die große Bedeutung der Angelegenheit namentliche Abstimmung über diesen Antrag beantragen. (Weiß! links.)

Abg. Seiffert (Völk.) lehnt die gegenwärtige Fassung der Vorlage für sich und seine Partei ab.

Das Haus nimmt dann die rüchständigen Abstimmungen zum Hypothekenaufwertungsgezet vor. Bei dem Kapitel „Aufwertung von Sparkastenguthaben“ wird in namentlicher Abstimmung ein Antrag Keil (Soz.) mit 243 gegen 178 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt, der den Aufwertungsmindestsatz von 12 1/2 auf 25 Prozent erhöhen wollte. Es bleibt also bei 12 1/2 Prozent für die Sparguthaben.

Annahme findet mit den Stimmen der Linken, des Zentrum und der Reichspartei ein Antrag des Abgeordneten W. u. d. r. (Höf.), der einen Satz im § 67 streicht und dadurch beim Kapitel „Vergleiche und andre Vereinbarungen“ eine Ausnahmebestimmung für die Kaufleute als Gläubiger befreit.

Ein Antrag des Abgeordneten Heinze (D. Vp.), der die Reichsregierung ermächtigt, weitere Vorschriften über die in Aufwertungsangelegenheiten erwachsenden Gebühren und Kosten zu erlassen, wird im Himmelsprung mit 269 gegen 127 Stimmen angenommen. Im weiteren Verlauf der Abstimmungen werden alle Anträge der Opposition abgelehnt, und die Kompromißvorlage des Hypothekenaufwertungsgezet wird in zweiter Lesung bewilligt. Das Haus nimmt dann die Weiterberatung der Vorlage für die Anleiheaufwertung vor.

Abg. Heber (Völk.) lehnt die Vorlage ab, die er als Unrecht bezeichnet.

Abg. Korfch (Komm.): Die gegenwärtige Vorlage bedeutet in der Praxis eine endgültige Annullierung der Schulden des Deutschen Reiches. Der Redner warnt die schon vielfach bezugenen Opfer der Inflation, daß sie auf das Soldatenwort des Präsidenten Hindenburg nochmals eine Öffnung aufbauen. Es würde ihnen bestimmt so gehen, wie mit den Hoffnungen, die sie auf Bergt gesetzt hätten.

Abg. Saupe (Soz.) wendet sich gegen das Mißverhältnis, das zwischen der passiven Haltung der Regierung bei Besteuerung des Reiches und ihrer Aktivität bei Unterdrückung der Ansprüche der Inflationsgeschädigten bestehe. Er fordert im Sinn eines sozialdemokratischen Antrags eine sofortige Sondersteuer von den Vermögenden über 30 000 Mark, die in der Kriegs- und Nachkriegszeit entstanden sind, einen Zuwachs erfahren oder sich nicht um mehr als 20 Prozent vermehrt haben. Im übrigen bittet er um Annahme des Antrags der Sozialdemokraten auf nochmalige Zurückverweisung der ganzen Vorlage an den Aufwertungsaußschuß. (Weiß! links.)

Damit schließt die allgemeine Aussprache. In der Einzelaussprache begründet Abg. Keil (Soz.) einen Euentualantrag, der von der Aufwertung alle Markanleihen des Reiches ausschließen will, die der Gläubiger nicht nachweislich vor dem 1. Juli 1922 erworben hat. (Streichung des Neuheit.) Ein Regierungsvertreter bezweifelt, daß die Spekulanten überhaupt noch im Besitz der Anleihen sind.

Abg. Seiffert (Völk.) fordert die Streichung des Absatzes 2 im § 4, der die Verzinsung der Anleiheablösungsschuld bis zum Erlöschen der Reparationsverpflichtungen ausschließt.

Der § 5 der Vorlage setzt den Aufwertungsatz für Anleihen auf 2 1/2 Prozent fest. (An späterer Stelle sieht das Gesetz eine Verdoppelung des Satzes für Altbesitzer vor.) Abg. W. u. d. r. begründet seine Änderungsanträge, die eine 20prozentige Aufwertung für Anleihen fordern. Auch die Sozialdemokratie hat einen entsprechenden Antrag eingebracht. Während die bürgerliche Vorlage keine Verzinsung der Anleiheablösungsschuld vorsieht, sondern nur ein Auslösungsrecht und — unter bestimmten wirtschaftlichen Voraussetzungen — ein Recht auf Vorzugsrente schaffen will, begründet

Abg. Quessel (Soz.) einen Antrag, der eine 5prozentige Verzinsung der Ablösungsschuld fordert. Das Auslassungsrecht sei verwerflich, weil es das Vertragsrecht verletze.

Die Paragraphen 18 bis 27 der Vorlage behandeln die Kapitel „Vorzugs- und Wohlfahrtsrente“. Ein Anleihegläubiger, der „bedürftig“ ist, das heißt ein Jahreseinkommen von nicht mehr als 800 Mark hat, soll 80 Prozent des Nennwertes seines Auslösungsrechts zugewilligt erhalten können. Mehr als 800 Mark jährlich darf diese Vorzugsrente aber nicht betragen. Anstalten und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege, die Anleihebesitzer sind, ist eine Wohlfahrtsrente auf Antrag 15 Jahre hindurch zu gewähren. Die Mittel hierfür sollen jährlich nicht mehr als 5 Millionen Mark betragen. Die gleichen Bestimmungen sollen auch auf die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften des Art. 137 der Reichsverfassung zutreffen. Die Reichsregierung soll die näheren Vorschriften für die Wohlfahrtsrente erlassen. Die Mittel für die Wohlfahrtsrente sollen aus den Zollerträgen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse entnommen werden.

Abg. Strübel (Soz.) begründet Änderungsanträge zu diesem Kapitel. Die Bedürftigkeitsgrenze soll erhöht werden. Die Religionsgesellschaften sollen von der Wohlfahrtsrente ausgeschlossen werden.

Abg. Saupe (Soz.) erklärt, der Wohlfahrtsrentenparagraf habe sich im Volke des Namens „Schweinespenderparagraf“ zu erziehen, weil die Armen, die die Wohlfahrtsrente, die sie viel leicht in Anspruch nehmen wollen, vorher in Gestalt der Landwirtschaftszölle zahlen mußten.

Abg. Korfch (Komm.) wendet sich gegen den „Kirchen-Schweinespenderparagrafen“, der die unbezahlbare Bier der Kirchen und Wäffern heranzuzahlen, die sich auf Kosten der Massenzölle befriedigen wolle.

Abg. v. Nächstofen (Hannover, Dem.) betont, daß die Voraussetzung, es sei kein Geld für die Aufwertungsaußschuß da, durch den § 27 des Anleihe-Entwurfes widerlegt sei, der 10 Millionen Mark jährlich für bestimmte Anstalten zur Verfügung stellen wolle. (Weiß! links.)

Bei dem Geschehen, der für die Aufwertung der Markanleihen der Länder und Gemeinden Bestimmungen trifft, beantragen Abg. Kütz (Dem.) und Keil (Soz.), daß der Reichstag bei Aufwertungs- und Steuerfragen im besten Zuge sei, die Interessen der deutschen Städte in einer Weise zu mißachten, der für die Städte von den verheerendsten Folgen sei und auch ihre Bedeutung für die Beziehungen der Länder zum Reich haben werde. Nach 8 Uhr abends begann das Haus mit den

Abstimmungen zum Anleiheablösungsgesetz.

Der Antrag Keil (Soz.) auf Rückverweisung der Anleihevorlage an den Aufwertungsaußschuß, der zugleich besondere Grundzüge für die neuerliche Ausschußbehandlung enthält, wird in namentlicher Abstimmung mit 262 gegen 182 Stimmen bei 13 Enthaltungen abgelehnt.

Ein demokratischer Antrag, der die Rückverweisung des Anleiheablösungsentwurfes ohne besondere Behandlungsbestimmungen

Allerhand und einiges andre.

Nach solchem Brauch jangen wir bei den hohen und höchsten Herrschaften an. Von „Holland“, den „Mäntern für allsozialfreie Kultur“, laßen wir vor einiger Zeit unter der Herrschaft von Barum haben wir den Krieg verloren?“, daß an dem Scheitern der deutschen Angewandte im Frühling und Sommer 1918, wie ein Herr Dr. Hans Schmidt einwand- und allsozialfrei nachweist, einzig und allein der verdamnte Saß schuld gewesen sei. Ein Vaterlandsfreund, von dieser Prognose begriffen, schrieb ihm darauf:

Auch ich habe gesehen, wie unsterbliche Marinsoldaten, die dort ausgelegt war, um nach Amiens durchzubringen, in Albert besessen lag, wie Dandere von Marconis verbrannt sind. . . . daß die Klotzen in den Säufen besessen lagen, mit Spitzschüssen besetzt, und in ihrem Saße noch Saß und so weiter an den Armen tragen. Wir konnten natürlich nicht daran ändern.

Wir sind offenbar die Herren Offiziere, die an der tückischen Besessenheit der Mannschaften den verhängnisvollen Saß nahmen, aber nichts daran ändern konnten. Die Antwort auf die Frage des rauen Lesers: warum denn nicht? verlaßen sich die „Mäntern für allsozialfreie Kultur“. Sie müßte nämlich kommen: weil der Herr Dr. Schmidt die Mannschaften und Wäffensoldaten nur möglich ist, wenn man die Mannschaften unter Alkohol legt. Der Vaterlandsfreund hat sich schon in der Armee des Allen Rich durch Schnaps angefaßt worden. Es ist eine ganz gute große Empfehlung, daß über Erzeugnisse anzugehen, nachdem man jahrelang jahrelang den Saß an der Front kuliert und von den besetzten Stellen aus vorgeschickt hat. Die wir, die nichts daran ändern konnten, haben sich selber in der Armee besessen, allerdings mit besserem Saß als die Mannschaften, die ausgegangen sind und besessen, wie sie waren, nach allen Ehrenlichkeiten und Leiden, sich widerstandlos auf das erste Besessenheit ließen.

Nachdem ich in, wie die Herren Rudendorff und Zimmer jede druff sich zu den Besessenheiten des Herrn Dr. Schmidt besessen. In seinem marigen Stil schreibt Unsel Saßig:

München, den 3. Januar 1925.

Gedrukt Herr Professor!

Ich danke Ihnen für Saß und Saß. Ich habe noch nicht gefunden, warum sie mir widerstanden. Götze ist in meinen Gedanken schon so ich danke, so hätte die Besessenheit

Breite von rechts bis links und umgekehrt geschrieben „Recht jucht er einen Sündenbock“. Ich begrüße es in bürgerlichem Denken, daß Sie den Finger in eine schwere Wunde legten und werde helfen, was ich helfen kann.

Mit deutschem Gruß

Rudendorff.

Er hat demnach — hört's, ihr bürgerlichen Hecken! — in seinen Schriften bis jetzt noch nicht gesagt, was er denkt, und zwar aus Angst vor der „gesamten deutsche Presse von rechts bis links“. Das heißt der Ungründliche, wenigstens mit Bezug auf die Unsozialfrage, für die. Klotzen werden finden, daß dieses Verhalten recht negativ ist und auf den positiven Teil gespannt sein. Er begrüßt den Finger in der jäteren Wunde und gelobt, zu helfen, was er helfen kann. Wo — im Bürgerbräu-Keller? Da konnte er höchstens helfen, den bösen Alkohol möglichst rasch zu beseitigen, um seine Volksgenossen mit der jäteren Wunde vor dessen verhängnisvollen Wirkungen zu bewahren. Friedrich Wilhelm aber, der Saß von Dels, meint freudig:

Ihre Ausführungen, mit so vielen traurigen und beklagenswerten Tatsachen belegt, werden jeden Vaterlandsfreund zu erstem Vordringen über die Unsozialfrage anregen. Wenn gleich ich der Ansicht bin, daß Sie in Ihren Ausführungen Aussagen hier und da zu weit gehen, so kann ich doch nicht leugnen, daß Sie mit Recht ein der Hebel grell beleuchteten, deren Summe uns den Krieg verheeren ließ.

Gedankens Worte fürwahr! Nur eines der Hebel, deren Summe uns den Krieg verheeren ließ, ist der Saß. Und dieses Hebel — die Ungründliche gehen zu weit in Ihren Schlussfolgerungen, denn mit „Sündenbock“ oder „Unsozialfrage“ lassen sich doch die Regimentskassierer nicht bezeichnen, bei denen die einzige soziale Gefahr in großer Unform erliegen können, und in nächstem Zustand ist das Volk für die Monarchie nicht zu begeistern — dieses Hebel ist freilich verhängnisvoll klein gegen die andere, die uns ins Schlamassel getrieben haben, vor allem den Unsozialismus einer degenerierten Herrschergeschichte. Selbstverständlich ist der erste Schritt zur Besserung: immer feste Saß!

In Frankreich, wo doch der Nationalismus recht stark ausgeprägt ist, denkt man trotzdem nicht daran, wie Lindström es im bürgerlichen Denken zu begrüßen „wenn der Finger in die schwere Wunde gelegt wird“. Die Wunde ist dort ganz unerblicklich. Das Land produziert jetzt Wein, so viel, daß die Saßer ihn nicht mehr absetzen können: von der letzten Ernte her haben sie noch die Kleinsten von 20 Millionen Hektolitern

in den Kellern liegen. Der Absatz stößt namentlich deswegen, weil Amerika trodengelergt ist und England und Belgien sich mit Zollschranken umgeben haben. Folglich fürchtet man in Frankreich den Segen des Himmels, nämlich ein gutes Weinjahr. Sie müßten es sonst mit dieser Gottesgabe machen wie die Händler in Douarnez und in den Pariser Markthallen. In der Hafenstadt haben ein paar große Fischereifirmen mehr als 100 Tonnen Serringe, Hechte und Makrelen, lauter schöne, nahezeitige, als Dünge verkauft, weil sie von einem neuen großen Gang eine allzu starke Drückung der Preise erwarteten, und in der Hauptstadt haben die Gemüßhändler ein Paar Tonnen reife grüne Erbsen in den Müll geschüttet, weil ein zu reichliches Angebot das Geschäft zu verderben drohte. Kann der Wahnsinn der kapitalistischen Wirtschaft größer beleuchtet werden? Die Güter der Erde werden durch die Profitgier des Zwischenhandels zum Fluche. Der Proletarier muß knurrenden Magens zusehen, wie das, was seinen Hunger stillen könnte, erbarmungslos vernichtet wird; das ist gottgewollte Ordnung. Erbat sie ihm nicht, so kriegt er eine blaue Bohne in den Bauch. . . .

Aber in diesem Frankreich passieren mitunter auch erfreuliche und lustige Dinge. Bei einem literarischen Festeßen war eine Madame Machilde erschienen, die auf eine Kundfrage im „Paris Soir“, einem Abendblatt, „ob heute ein Franzose eine Deutsche heiraten dürfe“, geantwortet hatte:

Man heirate keine Deutsche! Ich glaube nicht, daß man diese Menschen heiratet! Hat die junge Generation denn nicht mehr aus der letzten Erfahrung gelernt? Ich höre noch immer den Rärm der deutschen Flugzeuge über Paris. Zwei Kriege habe ich miterlebt, und werde vielleicht noch einen dritten erleben. Diese Menschen kann man nur mit Fußspritzen behandeln.

Es gab natürlich Leute, die darüber jubelten — wie ja auch bei uns, bei Stahlhelms oder Jungbos, ja sogar bei so neutrafen Gelegenheiten wie der Eröffnung der Judentausstellung in Magdeburg, über eine Anpöbelung des „Erbsen“ gejubelt worden wäre. Nur wäre es bei uns vermutlich nicht zu so einem herzerfröhlichen Nachspiel gekommen. In Paris sprangen nämlich die Türen auf, und eine Schar moderner Schriftsteller ergoß sich in den Saal mit dem Ruf „Es lebe Deutschland!“ Ein Faustkampf mit katastrophalen Folgen für das Tafelgeschick war die Antwort. Die Attentäter wurden auf die Polizeiwände gebracht und nach Feststellung der Personalien wieder entlassen. Ob man mit Leuten, die ein Loch auf Frankreich ausgebracht hätten, bei uns auch so glimpflich verfahren wäre?

Die Vertrauenskrise.

Aus London wird uns geschrieben:
Noch klingt einem der Jubel im Ohr, der überall im bürgerlichen England ausbrach, als die konservativ-liberale Mehrheit im Unterhaus von 1924 die Arbeiterregierung gestürzt hatte, noch klingen einem die Karnevalsähnlichen Meißerungen der Freude nach, die stundenlang auf dem nächtlichen Trafalgar-Square tobten, als in der Wahlnacht die Einzelmeldungen von den konservativen Siegen mit leuchtenden elektrischen Buchstaben über einen Hausgiebel liefen. Es war der Ausdruck einer Psychose. Konservative und Liberale, die sich zumindest ein Jahrhundert lang in den Saaren gelegen und gegenseitig gestürzt hatten, waren in dieser Wahl vereinigt marschiert, hatten in einer Mehrheit von Wahlkreisen Pakte abgeschlossen und mit diesen gemeinsamen Kandidaten gesiegt. Der Feind steht links — das war die Lösung, das war aber auch der ganze Inhalt des Wahlkampfes.

Der Sieg fand das Bürgertum in der enthusiastischsten Stimmung. Was machte es, daß die liberale Partei beinahe zertrümmert, ein Opfer der bürgerlichen Einheitsfront geworden war? Das Land war von der „sozialistischen Drohung“ gerettet: die Stimme der Vergangenheit, die Instinkte des Besitzes, die angeborene Denkschwäche, die tiefstehende Tradition — all das hatte sich als stärker erwiesen als die Stimme der Gegenwart, und was das soziologisch merkwürdigste ist, auch hier wie vielfach auf dem Kontinent mischte sich in den Rausch derjenigen, die tief in der alten Welt verwurzelt, etwas hatten, um das zu bangen es sich verlohnte, die Zustimmung von Jugend und Proletariat. Nun war der „Retter“ da, die starke Regierung; eine Besserung der Wirtschaftslage, eine Verringerung der Arbeitslosigkeit, Ruhe, Ordnung und Konjunktur mußten unmittelbar bevorstehen.

Seit diesen für den sozialistischen Beobachter unvergeßlichen und schmerzlichen Tagen sind acht Monate vergangen.

Baldwin hatte in sein Ministerium, ohne Rücksicht auf „Anciennität“ die besten Männer seiner Partei vereinigt, erprobte Männer, die zum Teile nicht zum erstenmal Minister waren. Er hatte in seinem Rücken die mächtigste, weitverbreitetste, kapitalträchtigste Presse, die allen Anlaß hatte, ihm durch die und dünn zu folgen, da sie es in erster Linie war, die seinen Sieg „gemacht“ hatte. Er war der Unterstützung der Wirtschaft, der Sympathien eines Großteils des höhern Beamtenstandes sicher. Dazu musterte er im Parlament selbst die größte Mehrheit, die eine konservative Regierung seit 1832 jemals befehlen konnte und konnte außerdem mit einer zweiten Kammer, dem House of Lords, rechnen, das zwar ein wenig schläfrig und altersschwach, ihm zumindest zu zwei Dritteln ergeben war, während das letzte Drittel, mit Ausnahme der Arbeiterpartei zugehörigen fünf Lords, ihm mindestens wohlwollend-neutral gegenüberstand. Denn auch liberale Lords sind selbstverständlich konservativ.

Im ersten Halbjahr ging es noch gut; die allgemeine politische Müdigkeit, insbesondere auf Seiten der abgekämpften Opposition, gab der Regierung den weitgehendsten Spielraum, sich einzuarbeiten; die Kritik war zurückhaltend, gedämpft. Die Öffentlichkeit war bereit, den Ketterern Zeit zu lassen.

In den jüngsten Wochen aber hat sich zuerst schwächern, dann aber immer stärker und stärker Zweifel und Kritik bemerkbar gemacht. In die Angriffe der Opposition mischte sich die Stimme eines Teiles der am weitesten verbreiteten und meistgelesenen konservativen Presse. Die „Daily Mail“, die durch ihre hinterlistige Laune in Sachen des berichtigten Einowjet-Briefes ein wesentliches Verdienst um den Sieg der Konservativen zu beanspruchen hat, begann offen gegen die Regierung wegen ihrer angeblichen sozialistischen Politik aufzutreten, der „Daily Express“ und sein durch das Kapital und die Person Lord Beaverbrook's verknüpftestes abendliches Pendant, der „Evening Standard“ begannen gleichzeitig die Sozial- und die Außenpolitik der konservativen Regierung mit dem schwersten Geschloß zu beschließen — ein Chorus, in den sich, je nach Temperament und Neigung, mehr oder

minder leidenschaftlich die Stimme der liberalen Presse mischte. Nun begannen auch Industrielle und Agrarier zu protestieren —

die Vertrauenskrise war da.

Frägt man nach den Ursachen dieser Entwicklung, die eines der lehrreichsten Beispiele für die „politische Psychologie“ darstellt, so wird man auf eine ganze Reihe von Ursachen stoßen, die teilweise ganz tief in die letzten Fragen der zeitgenössischen internationalen Politik, in die Frage „Ist der Konservatismus im Jahre 1925 noch regierungsfähig?“ hindeuten.

Baldwin hatte im Zeichen der bürgerlichen Einheitsfront gesiegt. Aber was im Wahlkampf ein gnädiges Geschenk der Götter war, wurde im Augenblick des Sieges zu einem Danaergeschenk. Denn die Breite der Basis, auf der der Sieg organisiert war, bedeutete nach gewonnenem Schlauch eine ungeheure, konstitutionelle Schwäche des Statuets. Um seinen Sieg zu ermöglichen, mußte sich Baldwin im Wahlkampf darauf verpflichten, eine Schutzollpolitik zu machen, sonst hätten niemals 1 1/2 Millionen Liberale für die konservativen Kandidaten gestimmt; er mußte außerdem fortschrittliche Sozialpolitik versprechen, da er sonst niemals die für den Sieg unerlässlichen Stimmen von einigen hunderttausend Handarbeitern erhalten hätte. So war Baldwin von vornherein auf ein Koalitionsprogramm festgelegt, das darum nichts von seinem Charakter als Koalitionsprogramm verlor, weil es nicht von mehreren Parteien, sondern von einer einzigen Partei durchgeführt werden soll. Ein Abweichen vom Wahlprogramm aber ist aus begrifflichen Gründen nicht nur gefährlich, es steht überdies im Widerspruch zu den besonderen Gesetzen, unter denen die britische Politik steht.

Die jüngsten Monate haben es für eine Regierung, der so von Anfang an die Hände gebunden waren, nicht leicht gemacht; die Wirtschaftslage hat sich gewiß nicht durch unmittelbare Schuld der Regierung dauernd verschlechtert, die Arbeitslosigkeit hat erschreckende Dimensionen angenommen.

Die Situation rief wie niemals seit dem Kriegsende nach Führung. Die Regierung aber, „nach dem Gesetz, nach dem sie angetreten“, unfähig zu handeln, ging mit völlig unzulänglichen, zwiespältigen Mitteln der Situation zu Leibe. Sie konnte keine Schutzollpolitik machen, so schmuggelte sie auf einer Hintertür gewisse schutzöllnerische Maßnahmen ein, die das Uebel der Konkurrenzunfähigkeit der britischen Industrie nicht im geringsten überwinden können, andererseits aber nicht einmal die vorübergehenden Vorteile einer wirklichen Schutzollpolitik mit sich bringen. Auf der anderen Seite hat sie, um ihren nichtretentionären Charakter sobald gegen alle Verdächtigungen sicherzustellen, mit der Erweiterung der Sozialversicherung im unglücklichsten Moment und mit den unglücklichsten Mitteln eine derartige Neubelastung von Unternehmern wie Arbeitern geschaffen, daß von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken eine wahre Einheitsfront der Kritik sich bildete. Der teilweise Rückzug, den die Regierung antreten mußte, hat natürlich zu ihrem Ansehen nicht beigetragen. Baldwin selbst hat in einer Reihe von Reden seine Politik der Nation unter einem breitem, sozusagen philosophischen Gesichtswinkel schmachtend zu machen gesucht; schloß man aber aus den Worten den Kern heraus, so bleibt nichts als ein vager Appell an Unternehmer und Arbeiter, gegenseitige Opfer zu bringen. Jede konstruktive Idee fehlt.

Was hilft es da, daß vor der Ehrlichkeit und Anständigkeit Baldwin's als Person jeder Gegner voll Hochachtung den Hut ziehen muß? Sein Saft ist leer und die Lage wird von Tag zu Tag kritischer. Die Handelsstatistiken zeigen in ihren Fesseln einen Rückgang der Einfuhr und Rohmaterialien und damit für die nächsten Wochen eine weitere Verschlechterung der industriellen Lage an. Die Arbeitslosenziffern steigen in steiler Kurve. Dabei ist es Sommer, die Jahreszeit der besten Konjunktur. Der Winter droht der Schwärzeste in der Wirtschaftsgeschichte Englands zu werden. Dabei spitzt sich die Krise im Bergbau zu, die Eisenbahnunternehmer setzen zu einem Vorstoß an, die Löhne herabzudrücken und die Arbeitsstunden zu verlängern. Ein gigantischer Kampf scheint unvermeidlich, wenn keine der beiden

Parteien, wie es in diesem Augenblick den Anschein hat, nachgibt.

Wird Baldwin die Kraftprobe bestehen? Niemals war wirkliche staatsmännische Kraft so notwendig wie heute. Die bisherige Leistung gibt keine Hoffnungen. Die Spannung zwischen der Stimmung im Lande und den Machtverhältnissen im Parlament dürfte sich auf die Dauer so erweitern und verstärken, daß entweder eine Neuwahl notwendig wird oder aber es wird sich soviel Giftstoff in den kommenden vier Jahren ansammeln, daß die Aera Baldwin unmittelbar von einer Arbeitermehrheit abgelöst wird. —

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Die Kohlenkrise.

Der Phönix-Kongress ließ Ende der vergangenen Woche folgendes mitteilen: „Vom 1. August ab legen die Nordstern-Berger ihren gesamten Betrieb still; alle Arbeiter und Angestellten werden mit dem gleichen Tage entlassen.“ Diese kurze, aber folgenschwere Nachricht, die in der davon betroffenen Gemeinde Horst-Emscher große Aufregung hervorgerufen hat, ist inzwischen von der Zechendirektion bestritten worden. Sie gibt folgende Darstellung:

Die Zechen „Nordstern“ hat beim Demobilisierungskommissar den Antrag auf Stilllegung der gesamten Zechenanlagen gestellt. Der Antrag war in den letzten Monaten so schlecht, daß sich trotz Einlegung zahlreicher Feuerlöscher größere Kohlenbestände an sammelten. Infolge des schlechten Abfahrs wurde die Förderung derart herabgedrückt, daß ein wirtschaftlicher Betrieb unmöglich ist. Seit Monaten wurde ununterbrochen, mit ganz erheblichen Zuschüssen gearbeitet, die zurzeit eine unerträgliche Höhe erreicht haben. Ueber die Dauer der Stilllegung können Angaben nicht gemacht werden, weil sich nicht übersehen läßt, ob und wann die Zechen Abfahrs für einen rentablen Betrieb haben werden.

Da die beiden Schachtanlagen „Nordstern“ I, II und III, IV über 4000 Arbeiter und Angestellte zählen, werden rund 16 000 Menschen brotlos, die etwa 70 Proz. der gesamten Bevölkerung von Horst-Emscher ausmachen. Dazu kommt, daß auf den Zechen schon seit Monaten wöchentlich 2 bis 3 Zwangsfeierlichkeiten eingeleitet worden waren, so daß die betroffenen Bergarbeiterfamilien zweifellos jetzt schon bei dem durchaus unzulänglichen Verdienst bisher sehr ver schuldet sind. Hart betroffen wird auch die Gemeindeverwaltung von Horst, deren Haushalt sich auf die Steuereinnahmen aus den Nordstern-Zechen stützte. Sie wird bei Ausfall dieser Einnahmequelle nur noch die wenigsten Ausgaben decken können. —

Amerikanischer „Abbau“. Die Standard Oil Company in New Jersey (Amerika), der größte Petroleumtrust der Welt, hat am Montag in einer Generalversammlung beschloffen, in allen Werken den 12stündigen Arbeitslag auf den 8stündigen herabzusetzen und die Löhne um 25 Prozent durchschnittlich zu erhöhen. Als Urheber dieser Aenderung wird der junge Rockefeller genannt. —

Jedem das Seine!

Dieser schöne Grundsatz kann mitunter am großen Familientisch nicht durchgeführt werden. Es ist daher sehr angenehm, wenn die Hausfrau von vornherein richtig einteilen kann. Mit

Obst-Törtchen

nach folgendem Oetker-Rezept können Sie dies leicht erreichen:

Table with 2 columns: Zutaten (Ingredients) and quantities. Includes items like 100 g Butter, 100 g Zucker, 500 g Mehl, 2 Eier, 1 Tasse Milch, 1 Päckchen Dr. Oetkers Backpulver, and Saft und Schale einer Zitrone.

Zubereitung: Die Butter rührt man zur Sahne, fügt Zucker, Eigelb, das Abgeriebene und den Saft einer Zitrone, zuletzt das mit dem Backpulver gemischte Mehl und die Milch hinzu. Man verarbeitet alles zu einem festen Teig, rollt denselben dünn aus, sticht mit einem Weinglas dünne Scheiben aus, formt aus dem Rest des Teiges dünne Teigrollchen und legt diese als Rand auf die kleinen Tortenböden. Die Törtchen werden auf g-fettes Blech gesetzt und hellgelb gebacken. Die fertigen Törtchen belegt man mit gekochtem Obst, wie Stachelbeeren, Erdbeeren, Kirschen, Zwetschen usw. Den Obstsaft verdickt man mit Dr. Oetkers Gustin und gibt ihn noch warm über die Früchte. Die Obst-Törtchen halten sich, in einer Blechdose aufbewahrt, längere Zeit frisch man belegt sie jedoch erst am Tage des Gebrauchs mit Obst. Verlangen Sie vollständige Rezeptbücher kostenlos in den Geschäften, wenn vergriffen, umsonst und portofrei von

Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Freie Bahn...

Eine Erzählung aus der Vorkriegszeit.

Von Luise Wagner.

(8. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Immer noch den Nebel vor Augen, in dem das weiße, höhnische Gesicht stand, rannte sie weiter, die vornehmen Willenstrafen hinab — die Schule stand im sogenannten „Millionenviertel“ der Stadt — weiter, weiter — das Gesicht jagte sie, fort über Plätze, durch Straßen in beständigloser Scham, in fürchterlicher Angst, nur fort, niemals zurück in jenes entsetzliche rote Haus mit den erdbeerblauen Menschen darin, nie mehr das schredliche Gesicht sehen, die harte Stimme hören, den Spott, den Hohn, der ihr auf Schritt und Tritt begegnete, die Verachtung, die ihr Kinderherz erstarren ließ, nie mehr, nie mehr zurück! Nieher in Armut leben und alle Hoffnungen auf eine bessere Zukunft begabren! In diesem Proletarierkind war das Heiligste im Menschen, das auch den Armeisten Höchste ist, aufs tödlichste verletzt: die Menschenwürde. Wie ein kleines, zur Erde verwundenes Tier froh Mariachen in einem großen Park unter einem Busch und lag dort winnend, hilflos, zerrissen und zerstückt, ihre kleine Welt voll Glauben an Menschengüte in Trümmern. Ihre Seele flatterte umher wie ein geängstigter Vogel und mußte keinen Rat, keinen Ausweg. Der Schimpf, den sie erleben erlitten, hatte alle Leiden der vergangenen Wochen aufgewühlt und ihren letzten Widerstand gebrochen.

Und auf einmal fühlte sie etwas in sich aufkeimen, was ihr reines, kindliches Gemüt niemals gekannt hatte, etwas Furchtbares, blutrot und häßlich litig es in ihr auf und erfüllte sie: Haß! Noch konnte sie diesem Gefühl keinen Namen geben, aber es war da, es war schredlich, dieses Gefühl, es machte böse und traurig, ach so tieftaurig! Schluchzen schüttelte sie, immer stärker, wilder, wildes Schluchzen, sie weinte, furchtbar war dieses Weinen, es ließ sie ihren kleinen Körper hin und her werfen, die Hände in die feuchte Erde krallen, die Lippen blutig beißen. Sie schrie, schrie wie ein verwundenes Tier seinen

Schmerz aus, schrei, hemmungslos und Hagend. — Ein häßliches Jammer war es, was sich da unter dem Busch im einsamen Park in immer stärkeren Tönen wand. Sie hörte nicht die Schritte, die sich eilig näherten, sah nicht die gültige, bekannte Gestalt, die sich über sie beugte, sie hörte nur eine lebende Stimme sagen: „Mariachen, Armes Mariachen“ und schloß sich emporgelassen, weggetragen und fühlte die Wärme schüßender Arme, sie hörte gute Worte und sah sich auf einer Bank neben ihrem geliebten Lehrer Heidenreich. Er ließ Mariachen weinen, das nun ruhiger werdende Schluchzen beruhigte ihn, er sprach nicht, nur manchmal strich er leise über ihren Kopf. Nach einer Weile wurde Mariachen ruhiger, sie sah mit geschlossenen Augen da und ihre fürchterliche Erregung, die ihren Lehrer zuerst mit Besorgnis erfüllt hatte, ließ etwas nach. Armes Kind, dachte ihr freundlicher Helfer, was hat man dir getan? Gottlob, daß ich auf den Gedanken kam, meine beiden Freistunden hier im Park zu verbringen. Was wäre sonst aus dir geworden in deiner Verzweiflung? „Mariachen,“ jagte er behutsam, als sie einen Augenblick ganz still an seiner Seite saß, „wilst Du mir alles erzählen?“ Mariachen nickte nur, sprechen konnte sie noch nicht, vertrauensvoll sah sie in die freundlichen Augen, die sie anblickten, und die allmählich die bösen, bösen kalten verheuchelten, die sie verfolgten und quälten.

„Daheim, Mariachen, willst Du alles erzählen, wir gehen jetzt zur Mutter, willst Du?“

Der Herr Direktor Doktor Gottlob Schroed sah in seinem Amtszimmer und trommelte etwas ärgerlich mit den Fingern auf der Schreibtischplatte. Er hatte heute früh einen knappen Brief von Marie Krots Vater erhalten, in dem er ihm mitteilte, daß nach dem Vorgefallenen seine Tochter nicht wieder erscheinen würde, und daß er ihm das Weitere heute mündlich erklären würde. Wenn es irgend möglich war, ging er unangenehmen Auseinandersetzungen mit seiner Schwester aus dem Wege, schon weil er meistens dabei den kürzern zog, aber diesmal hatte er doch seine Autorität als Direktor geltend machen müssen, wenn auch in vorfichtigster und höflichster Form. Agathe überschritt öfter die Grenzen des Erlaubten und hatte ihm schon manchmal

unangenehme Beschwerden von Seiten der Eltern gebracht. Der Oberlehrer Werner, der erst vor einigen Tagen bei ihm war, hatte ihm sowieso einige Deutlichkeiten in bezug auf seine Schwester zu verstehen gegeben. Dieser Fall mit dem Proletarierkind, das so plötzlich Knall und Fall dabangelaufen war, konnte unangenehm werden, denn die vorgelegte Behörde hatte die Aufnahme dieses Kindes sanktioniert, er mußte berichten und die Sache konnte ihm einen Rißel eintragen. Aber da war noch etwas andres: da war der Vater des Kindes, der ein Arbeiter und — soviel er wußte — politisch organisiert war. Was konnte das alles für Konsequenzen für den guten Ruf seiner Anstalt haben! Es waren da so viele Unponderabilien, die man in Betracht ziehen mußte. In der Phantasie des Herrn Direktors hatten alle diese Begriffe: Gewerkschaft, Organisation, Partei, Presse, die ganze geschlossene Masse, die da in den Burgen der aufblühenden Industriestadt zusammengedrängt haust, etwas Dunkles, Drohendes, Gefährliches. Wer kannte die Leidenschaft, die in dieser Masse flackte! Namentlich konnte in den Redaktionsstuben der „roten Presse“ eine unangenehme Sache gegen ihn und seine Anstalt zusammengebracht werden. Besonders diese letzte Vorstellung machte den Herrn Direktor nervös. Immerhin war es besser, wenn er rechtzeitig und in vorfichtiger Form an die vorgelegte Behörde einen Bericht machte. Er wollte gerade die Feder eintauchen und schreiben, als ihm plötzlich der Gedanke kam, lieber erst den Besuch des Vaters abzuwarten. Sicher wurde der Mann groß und renitent, und er konnte dann sein ungehöriges Benehmen in der Amtsstube des Direktors ausführlich mißberichten, das schwächte dann die Wirkung von Agathes Entgleisungen etwas ab und sanktionierte sie sogar in gewisser Weise. Man mußte eben auch hier die Ursache durch die Wirkung aufzuheben suchen. Er schmunzelte etwas über seinen guten Einfall, ja eine langjährige Beamtenkarriere gab Routine. Solchen Leuten war man schließlich doch der Ueberlegenere!

Der Herr Direktor war jetzt innerlich etwas beruhigter, als er draußen die schweren Schritte genagelter Stiefel hörte und nach kurzem Klopfen Mariachens Vater eintrat.

(Schluß folgt.)

Lehrer-Akademien.

Durch die Presse geht gegenwärtig die Nachricht, daß das preußische Kabinett beschloffen hat, an Stelle der eingegangenen Seminare sogenannte Akademien zur Heranbildung von Volksschullehrern zu errichten, und zwar sollen zunächst vorläufig drei solcher Akademien eingerichtet werden. Solche Akademien sind gewiß ein Fortschritt gegenüber der bisherigen Seminarbildung. Sie bleiben aber noch weiter hinter der Universitätsbildung der Lehrer für die höhern Schulen zurück, die wir auch für die Lehrer der Volksschulen fordern, weil die Erziehungsaufgabe an den höhern und Volksschulen ihrem Wesen nach völlig gleich ist und es gar nicht eingesehen werden kann, warum die Lehrer für die Kinder der breiten Masse, der arbeitenden Schichten eine geringere Ausbildung haben müssen als die Lehrer der Kinder der besitzenden Klassen. Diese drei neuen Versuchs-Akademien werden uns also für die nächsten Jahre unsere Lehrer liefern. Wir haben begrifflicherweise ein starkes Interesse daran, zu erfahren, was denn das Neue an dieser Lehrerbildung ist, und wir müssen selbstverständlich erwarten, daß die neuen Lehrer schon in ihrem Bildungsgange zu freien Menschen eines freien Volkshauses sich entwickeln können. Über siehe da, die neuen Akademien sollen konfessionell gestaltet werden. Man plant je eine evangelisch-konfessionelle Akademie im Osten und in der Mitte Deutschlands (Berlin, Spandau) und eine katholische Lehrerbildungsstätte im Westen des Reiches. So sieht man im preußischen Kultusministerium die Bildungsbedürfnisse der Gegenwart!

Zunächst ist es sehr verwunderlich, daß die preußische Regierung diese Neuregelung vornimmt, obwohl ein Reichsschulgesetz, das die Schularten bestimmen soll, noch gar nicht vorliegt. Und wenn man schon an eine Neuordnung geht, dann hätte man erwarten dürfen, daß diese mit der Reichsverfassung und der kommenden Reichsschulgesetzgebung in Einklang stünde, denn schließlich ist die Neuordnung doch für die Zukunft gedacht. Nach der Reichsverfassung aber ist der Wille der Erziehungsberechtigten, d. h. der Eltern, für die Errichtung der Schulen maßgebend, und diese jorden neben den konfessionellen doch auch immer mehr weltliche, d. h. konfessionsfreie Schulen. Bei der Bedeutung, welche die Neuregelung in Preußen für das ganze Deutschland haben wird, ist das Vorgehen der preußischen Regierung eine glatte Entscheidung zugunsten der kirchlich-konfessionellen Schule für die nächste Generation. Und an Stelle des Volksschullehrers bekommen wir wieder den Kirchenlehrer überflüssig überflüssig.

Es bedeutet diese Regelung aber neben der Missachtung des freien Volkshauses noch ein rücksichtsloses Beiseite schieben des Elternwillens, der sich bereits für die weltliche Schule entschieden hat. Bereits jetzt wird geklagt, daß es in vielen Bezirken an geeigneten Lehrern für die weltlichen Schulen fehlt. In einzelnen Bezirken ist es so, daß trotz zahlreicher und genügender Willenserklärungen der Eltern für die weltliche Schule doch keine eingerichtet werden können, eben weil es an geeigneten Lehrkräften fehlt. Die Errichtung solcher Schulen wird durch die neue Lehrerbildung für die Zukunft ganz unmöglich gemacht. Die Eigenart der weltlichen Schule, insbesondere die verschiedene weltanschauliche und konfessionelle Gliederung ihrer Kinder sowie deren soziale Herkunft machen aber eine besondere Vorbildung der Lehrer durchaus notwendig. Vor allem sind konfessionslos-erzogene gebildete Menschen, wie sie die neuen Akademien liefern werden, an den weltlichen Schulen unmöglich.

Diese konfessionelle Aufmachung der neuen Lehrerbildungsstätte bedeutet aber auch, daß konfessionslose Schüler und Studenten (Diszidenten) für die Zukunft vom Lehrerberuf ausgeschlossen sind. Wie ist das mit dem Grundgesetz der Gleichheit und Gleichberechtigung des Staatsbürgers in Einklang zu bringen? Man sollte es nicht glauben, daß solche Lehrerbildungspläne heute noch möglich sind. Da sind wir halb wieder bei dem Fortschrittstand, wo die Eltern aus der sozialdemokratischen Partei austreten wollten, wollten sie ihren Sohn Lehrer werden lassen (wie es den Eltern des Schreibers dieses erging). Was ist da zu tun. Wir müssen von allen republikanischen Parteien verlangen, daß sie die Durchführung der Wünsche des preußischen Kabinetts unter allen Umständen verhindern. Auf die Demokraten wird da nicht viel Verlaß sein, hat doch z. B. ihr Vertreter im Haushaltsausschuß des Reichstags für den Antrag auf reichsgesetzlichen Schulgesetz vom 11. August 1919 in den Ländern bestehenden kirchlichen Feiertage gestimmt.

Um so mehr muß die sozialdemokratische Landtagsfraktion sich der Sache annehmen und wenigstens neben einer evangelischen und katholischen Akademie auch eine weltliche fordern, etwa für Berlin. Gerade um der in so großer Zahl schon bestehenden weltlichen Schulen willen, denen ein genügend ausgebildetes Lehrermaterial noch fehlt, sind weltliche Akademien notwendig. Berlin allein wäre in der Lage, eine solche Akademie zu stellen. Wir erwarten von unseren Genossen im Landtag, daß sie sich mit allen Mitteln dafür einsetzen, daß die realistischen Pläne der neuen Lehrerbildung zurückgeworfen werden. Auch der Wunsch der freien Schulpflichtigen hat, wie wir hören, in diesem Sinne schon eingegriffen.

Die neue Straße.

Der Breite Weg ist von der Sternstraße bis zum Alten Markt dem Verkehr wieder übergeben worden. In den letzten Tagen folgten die Passanten mit großem Interesse den Pfaffenarbeiten an der Sternstraße und am Alten Markt. Die eigentliche Holzpfaffenarbeit und die mühselige Arbeit des Aneinanderreihens der Holzstücke erwachte das Interesse der Zuschauer. Es ist auch keine Alltagsarbeit, daß man eine Straße in Magdeburg mit Holz pfaffen. In der nächsten Zeit wird jedoch die Köhler Straße ebenfalls mit solchen Pfaffen versehen werden, und Magdeburg wird dadurch von diesem modernen Straßenbelag größere Flächen ausgenommen haben. Der Zweck solcher Pfaffen ist in der Hauptsache die Dämpfung des Verkehrslärmes und am liebsten Straßenlärm die Erleichterung der Arbeit der Fußgänger. Diese haben auf dem äußeren Holzpfaffen mehr Spaß als auf dem glatten Asphalt.

Der Breite Weg bietet an dem jetzt fertiggestellten Teile den Fußgängern sicher eine Freude. Wo die Bürgersteige ebensolch schon fertig sind, haben auch die Fußgänger Grund zur Freude. Mit der Erleichterung der Hausarbeiten bis zum Alten Markt ist der Breite Weg für den Verkehr von Ost nach West auch wieder frei geworden. Die Fußgänger können den Weg über den Alten Markt und durch die Straße Sternstraße heute ungehindert wieder ausmachen. Das bedeutet sicher eine Erleichterung. Und schließlich sind auch die Besorgnisse für die Geschäftsleute am Alten Markt in der Hauptsache beseitigt. Auf dem noch fertiggestellten Teil ist die Zahl der Geschäfte geringer als bis zum Alten Markt. Daß die Sternstraße über den Alten Markt ebenfalls wieder den Betrieb aufnehmen konnte, trägt auch dazu bei, daß der Hauptverkehr sich bestmöglichst flüssig abwickelt.

Leider stehen jetzt die Arbeiter. Die Steinleger sind wegen Schließungen in den Streik getreten. Die Baumgewerkschaften haben die Bauarbeiter ausgeperrt. Die Arbeiter haben in der Magdeburger Zeitung

Erklärung o. d. d. Wogen lauten ja. In dieser Zeit wird also das angefangene Stück vom Alten Markt zum Rathausplatz aufgebracht und abgeäumt liegenbleiben, nur weil es die Herren Bauunternehmer so wollen. —

Die Bauarbeiterausperrung.

In einer stark besuchten Versammlung am Mittwoch im „Wilhelmspark“ nahmen die Bauarbeiter den Bericht entgegen über den Umfang der Aussperrung in Magdeburg und der Provinz. Mit aller Schärfe wurde das Verhalten der Unternehmer und ihre Hintermänner beurteilt. Es kam bei der Aussprache zum Ausdruck, daß gegen die Ausschaltung der Entlassungsscheine mit dem Vermerk „Entlassen wegen Aussperrung, herborgerufen durch Zeilstreike“ alle Maßnahmen ergriffen werden sollen, um diese veränderte Form der schwarzen Listen zu beseitigen. Jeder geschädigte Bauarbeiter wird aufgefordert, seinen Schadenersatzanspruch geltend zu machen.

Weiter wurden die Behörden und Gemeinden aufgefordert, sich den Schanzmangelgeklüsten nicht zu unterwerfen, sondern alles daranzusetzen, um die öffentlichen Arbeiten sowie den Wohnungsbau nicht in der besten Bauzeit stillzulegen. Die Stimmung der Versammlung war musterhaft. Wenn die Arbeitgeber glauben, die Bauarbeiter in kurzer Zeit müde machen zu können, werden sie sich täuschen. Die Magdeburger Bauarbeiter haben bisher bei allen Kämpfen ihren Mann gestanden. Wenn auf der andern Seite jede Vernunft ausgeschaltet ist, kann den Auftraggebern ein sehr großer Schaden erwachsen.

Nachdem die Streikleitung gewählt war, wurde die imposante Versammlung geschlossen. —

Ein echter deutscher Mann.

Begen Beleidigung seiner früheren Angestellten hatte sich der Bergwerksdirektor Simon aus Wendorf, der der dortigen Arbeiterschaft nicht unbekannt sein dürfte, vor dem Amtsgericht in Magdeburg zu verantworten. Der Verhandlung lag folgender Sachverhalt zugrunde:

Im Jahre 1915 hatte Simon mit einer rbei ihm beschäftigten Kontoristin ein Liebesverhältnis anzuknüpfen versucht. Etwa 1 1/2 Jahren hatte das Mädchen seinen Nachstellungen widerstanden, bis sie dann endlich doch seinem Drängen nachgab. Der Verkehr blieb nicht ohne Folgen. Das war dem Herrn Bergwerksdirektor natürlich sehr unangenehm und er veranlaßte seine Geliebte, unbedingt seinen Namen zu verschweigen. Die Folge dieser Geheimhalten war aber, daß man im Dorf allerhand Klatschereien über den vermutlichen Vater in Umlauf setzte, unter anderem auch den damaligen Kaufmannslehrling Sunold der Wertschuld verdächtigte. Als das die Kontoristin erfuhr, setzte sie durch, daß sie sofort in Gegenwart des Bergwerksdirektors dem Lehrling gegenübergestellt wurde, wobei dann auch selbstverständlich der beschuldigte junge Mann erklärte, daß er noch nicht in der glücklichen Lage sei, Vater spielen zu müssen. Simon fand damals die Ansprüche seiner Kontoristin durch Zahlung einer Vergleichssumme ab und glaubte, damit seinen väterlichen Pflichten nachgekommen zu sein. Die Inflation vernichtete auch diese Summe. Im Jahre 1921 gab es einen neuen gerichtlichen Prozeß. In dieser Verhandlung willigte der Beklagte Simon ein, die damals gewährte Vergleichssumme durch eine Nachzahlung zu ergänzen. Aber auch dieser Betrag fiel der Geldentwertung zum Opfer.

Die Last der Ernährung des Kindes ruhte jahrelang allein auf der unehelichen Mutter. Schließlich gibt es auch darin Grenzen! Die Not schlich sich auch in der Familie des jungen Mädchens ein. In ihrer größten Verzweiflung wandte sich die junge Mutter im November 1924 noch einmal an den Bergwerksdirektor Simon und bat ihn, für sein Kind, dessen Unterhaltung ihr überaus schwer würde, etwas zu tun. Man dürfte annehmen, daß ein Bergwerksdirektor, der nach eigener Angabe 2000 Mark Monatsgehalt bezieht, sofort dieser Bitte nachkommen wäre und seinem eignen Kinde geholfen hätte. Weit gefehlt! Heber den Verzweiflungsbrief der notleidenden Mutter war der Herr Bergwerksdirektor „entriest“ und schrieb seiner ehemaligen Geliebten einen schwer beleidigenden Brief. Er bezeichnete sie als die Verfälscherin des früheren Lehrlings und nannte ihre erneute, berechnigte Geldforderung Erpreßung!

Darauf klagte das Mädchen durch Rechtsanwältin Doktor Hammerich Klage gegen Simon wegen Beleidigung an. Am 27. Juni fand bereits einmal Termin an. Sunold, der angeblich als Vater des Kindes in Betracht kommen sollte, erklärte in diesem Termin, niemals mit der Klägerin intime Beziehungen unterhalten zu haben. Darauf wurde der Termin verlagert, um eine Anzahl Angehörige der Gewerkschaft Furbach zu laden, deren Direktor Simon ist, denen Sunold gesagt haben soll, doch schon etwas mit der Klägerin vorgehabt zu haben. Jetzt kommt das zweite! Am 27. Juni machte Sunold für seinen Direktor diese unangenehme Angabe. Am 30. Juni erhielt er von der Gewerkschaft Furbach seine Kündigung zugewiesen. Selbstverständlich behauptet der Beklagte in dem neuen Termin, daß diese Kündigung rein zufällig mit der damaligen Aussage zusammenfalle. Als Rechtsanwältin Hammerich dem Beklagten darauf hinwies, daß dieses „zufällige“ Zusammenreffen bezeichnend für die ganze Sachlage sei, hatte der Herr Bergwerksdirektor noch den Mut zu erklären, daß „ein echter deutscher Mann gar nicht auf die Idee kommen könnte, daß der Grund zur Kündigung in der unangenehmen Aussage des Fengen zu finden sei“. Als Entschuldigend für sein ungläubiges Verhalten gibt Simon an, daß er bereits 9 Jahre „die Qual trage“ und in der Erregung den beleidigenden Brief geschrieben habe.

Rechtsanwältin Hammerich führte als Vertreter der Klägerin an, daß der Angeklagte in größtmöglicher Weise seine Erklärung als Sogebiet der Klägerin mißbraucht habe. Bezeichnend für das Verhalten des Beklagten ist auch die sofortige Entlassung des Sunold, als dieser vor Gericht durch seine Aussage Simon belästigte. Der Angeklagte hält es nicht für nötig, für sein Kind aufzukommen. Er läßt die Mutter eines Kindes in bitterer Not und überläßt sie außerdem noch der unaustrachtbaren Misshandlung, die man unehelichen Müttern in weiten Kreisen immer noch entgegenbringt. Das Gericht beurteilt den Angeklagten wegen Beleidigung zu 1000 Mark Geldstrafe, dabei die Schwere der Beleidigung strafschärfend in Betracht ziehend!

1000 Mark Geldstrafe! Gewiß wird der Herr Bergwerksdirektor darüber nicht sehr erfreut sein. Aber was bedeutet 1000 M. Geldstrafe bei einem Monatsverdienst von 2000 M.? Die 1000 Mark werden mit einer Hand bezahlt! Die Mutter seines Kindes leidet aber weiter. Das ist die sogenannte „nationale Genugtuung“, von der der Angeklagte in der Verhandlung sprach. —

Wissenswertes von der Handwerksausstellung.

Es ist beabsichtigt, die Ausstellungsobjekte der „Ausstellung des Handwerks“ wie auch der „Ausstellung für das Handwerk“ zu prämiieren. Die Prämierung erstreckt sich auf die technische Ausführung, Zweckmäßigkeit, Reinheit, Qualität, Schönheit und Eigenartigkeit der Ausstellungsgegenstände sowie auf die künstlerische Ausgestaltung und wissenschaftliche Bedeutung des Ausstellungsgegenstandes. Kandidaturen können auf keinen Fall in Frage. Als Auszeichnungen werden verliehen: Die Goldene und Silberne Medaille. Die Teilnehmer an den Kollektionsausstellungen erhalten ein Diplom.

Als Tag der Prämierung ist Donnerstag der 23. Juli festgelegt worden.

Um möglichst werten Kreisen der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, die Mitteldeutsche Handwerksausstellung zu besuchen, sind die Eintrittspreise möglichst niedrig festgesetzt. Der Eintritt kostet für Erwachsene 1 Mark, für Kinder bis zu 14 Jahren 50 Pfg., nach Hallenschluß, das heißt nach 7 Uhr abends, kostet der Eintritt in die Ausstellung für jede Person 50 Pfg.

Eine besonders begrüßenswerte Einrichtung ist in der Einführung von Dauerkarten geschaffen worden, die für die ganze Dauer der Ausstellung Gültigkeit haben und zum Preise von 8 Mark pro Stück abgegeben werden. Es dürfte sich empfehlen, von dieser Einrichtung regen Gebrauch zu machen. Ausführlich darauf hingewiesen sei, daß die Dauerkarten schon jetzt im Bureau des Magdeburger Verkehrsvereins, Breiter Weg 166, zu haben sind.

Ponzerte. Während der ganzen Dauer der Ausstellung finden auf dem Ausstellungsgelände täglich von 3 Uhr nachmittags bis 11 Uhr abends große Konzerte von Zivil- und Militärkapellen statt. Für die Sonntagvormittage sind, abgesehen von den täglichen Konzerten, Sondertonzerte vorgesehen. —

Der Stahlhelm als Arbeitsvermittler.

Aus einem Rundschreiben, das die „Volkstimme“ vor kurzem veröffentlichte, ging hervor, daß der Stahlhelm eifrig bemüht ist, seine Anhänger in die Betriebe hinauszuführen. Der Stahlhelm hat bestritten, daß er Arbeitskräfte vermittelt. Ein weiteres Rundschreiben, das vom Stahlhelm-Landesrat Magdeburg-Sudenburg unterm 26. Mai an die „Kameraden“ verschickt worden ist, ist ein weiterer Beweis dafür, daß Vermittlungen doch stattfinden. Der Schlußsatz des erwähnten Schreibens lautet:

Arbeitslose Schlosser und Eisendreher wollen sich umgehend melden beim Betriebsleiter Schudt, Straßenbahnwerkstätte Herrenkrug-Chaussee.

Front Heil!
gez.: D. Bruder, 1. Bezirksführer.

Was sagt die Direktion der Straßenbahn, das Arbeitsamt und der Magistrat, der im Aufsichtsrat der Straßenbahn sitzt, zu diesen Dingen? Es ist zu hoffen, daß genannte Körperschaften diese Vermittlungen unterstützen. Viele Facharbeiter, die sehr starke Familien haben, gehen 40 bis 50 Wochen zum Arbeitsamt, um Arbeit zu erlangen, und können keine bekommen. Durch oben angegedeutete, wilde, gesetzlich unzulässige Arbeitsvermittlung wird die soziale Not der Arbeitslosen noch vergrößert. —

Achtung, Bauarbeiter. Die Baugewerkschaft Magdeburg veranstaltet am Donnerstag abend 5 Uhr im „Wilhelmspark“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung (siehe heutiges Inserat). Kein organisierter Bauarbeiter darf fehlen. —

Die Vergiftungen in Groß-Ottersleben. Die Untersuchungen haben bisher folgendes ergeben: Die Polizei stellte fest, daß alle Erkrankten Wurst oder gehacktes Schweinefleisch gegessen hatten, das bei dem Fleischermeister Koch gekauft war. Es stellte sich aber heraus, daß das Fleisch vom Fleischbeschauer ordnungsgemäß untersucht worden war. Bei dieser Prüfung wurde nichts gefunden, was zu Beanstandungen Anlaß gegeben hätte. Bei weiteren Untersuchungen durch den Kreisarzt und das Magdeburger Nahrungsmittelamt wurden Paratyphusbazillen gefunden. Paratyphusbazillen entwickeln sich in feuchten Nährböden, zumeist in Grundwasser. Es ist möglich, daß bei der Verarbeitung des Fleisches Bazillen an die Fleischstücke gekommen sind. Eine Schuld kann hier weder den Fleischer noch den Fleischbeschauer treffen, von diesen kann dabei nichts verhindert und nichts entdeckt werden. Aus dem Brunnen des Fleischermeisters Koch ist eine Probe Wasser zur bakteriologischen Untersuchung nach Halle gefandt worden. Das Ergebnis dieser Untersuchung ist noch nicht mitgeteilt worden. Es handelt sich also in Ottersleben um Typhus erkrankungen, die vom Paratyphusbazillus verursacht wurden. Uebrigens haben die infolge des Fleischgenusses Erkrankten ihre Krankheit ziemlich überwunden, bis auf den Arbeiter Lammert, der noch im Krankenhaus liegt. Ein Menschenleben haben die kleinen, heimtückischen Feinde allerdings gefordert: unser treuer Parteigenosse Gustav Ullbrecht ist ihnen, wie wir bereits mitteilten, erlegen.

Noch immer Kirchengzeit. Der Mittwochmarkt zeigt, daß wir noch immer in der Kirchengzeit sind. Süße und saure, helle und dunkle Kirichen werden je nach Güte für 25 bis 60 Pfg. pro Pfund in Mengen feilgeboten. Aber auch die andern Früchte des Sommers liegen in großer Auswahl auf den Wagen und Ständen. Für Stachelbeeren werden allgemein 20 oder 25, für Johannisbeeren 35 und für Heidelbeeren 40 Pfg. verlangt. Auch Brombeeren sind da und kosten 30, die ersten Birnen 25 Pfg. und mehr. Für 1 Pfund Tomaten werden 40, an einigen Stellen für Ware geringerer Güte bloß 30 Pfg. gefordert. Auf dem Gemüsemarkt werden große Weißkohlköpfe von mehreren Pfund für 30 bis 60 Pfg., zum selben Preise Wirfingkohlköpfe gehandelt. Die Mandel Bohrrabi kostet nur noch 50, das Bund gewöhnlicher Karotten 25 Pfg. Blumenkohl empfiehlt sich in Köpfen den 25 bis 100 Pfg. Grüne Bohnen liegen für 25, Wachsbohnen für 30 Pfg. und mehr überall aus. Pfefferlinge sind zum Preise von 90 bis 100 Pfg. für das Pfund zu haben. Liebhäbel von Rettich können sich einen schönen großen für 15 Pfg. kaufen. Für 65 oder 70 Pfg. kann man 10 Pfund Kartoffeln mitnehmen.

Lungenentzündung in Magdeburg-Südost. Nachdem der Ausbruch der Lungenentzündung in Magdeburg-Südost festgestellt ist, hat der Regierungspräsident für sämtliche Geschäfte des betroffenen Ortes ein Verbot erlassen. Als verurteilt gilt der Teil östlich der Schönebecker Straße zwischen der hohen Uferstraße und Aboltsstraße. Die Ausfuhr von Kindern aus dem vorbezeichneten verurteilten Ortsteil darf nur mit Genehmigung des Polizeipräsidenten nach ärztlicher Untersuchung des Bestandes und nur zum Zwecke der Schließung nach vorheriger Benachrichtigung der Ortspolizeibehörde des Bestimmungsortes erfolgen. Das ausgeführte Verbot ist nach der Schließung amtstierärztlich zu untersuchen. —

Zurückgekehrt. Die gestern als vermißt gemeldeten Knaben Springer und Wilberg sind zu ihren Eltern zurückgekehrt. —

Konzert des Arbeiterfängerbundes. Der Unterbezirk Magdeburg des Deutschen Arbeiterfängerbundes veranstaltet am 18. Juli in sämtlichen Räumen von Bremers Konzert- und Ballhaus sein diesjähriges Sommerfest, bestehend aus Instrumental- und Gesangskonzert, Kinderfest und Gesellschaftsball. Es kommen Kapellchöre, Frauen- und gemischte Chöre sowie Einzelchöre sämtlicher dem Bezirk angeschlossenen Vereine zur Ausführung. —

Vorübergehende Schließung der Badeanstalt Lemsdorfer Weg. Die jährliche Badeanstalt Lemsdorfer Weg 15e wird vom Freitag den 17. Juli an zur Vornahme von Instandsetzungen auf etwa 2 Wochen geschlossen. Die Wiedereröffnung des Bades wird rechtzeitig bekanntgegeben. —

Streik der Metallarbeiter in Ostfriesland beendet. Von der Bezirksleitung Halle wird uns mitgeteilt, daß durch Verhandlungen am 14. Juli d. J. eine Lohnzulage von 7 Pfg. erreicht worden ist. Der Spitzelohn der Facharbeiter erhöht sich durch

diese Lohnzulage auf 64 Pfg. Die Kollegen des Metallarbeiterverbandes Oßersleben nahmen zu diesem Schiedsspruch Stellung und beschloßen, am 16. Juli die Arbeit wieder aufzunehmen. Wir bitten die am Streik Oßersleben beteiligten Kollegen, die sich zurzeit in Magdeburg aufhalten, ebenfalls zum angegebenen Termin die Arbeit aufzunehmen. Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes.

— Gefunden wurde am Mittwoch vormittag in der Kölner Straße ein Hund Schlüssel. Abzuholen in der Expedition der „Volksstimme“.

— Gründungsversammlung einer Gesellschaft für Lebensrettung. Sechs bis sieben tausend Menschen finden jährlich durch Ertrinken den Tod. Um hier abzuhelfen, laden der Budauer Männerturnverein und der Schwimmklub Poseidon alle Sportvereine zu einer Versammlung ein, die als ersten Bezirk einer deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft einen Verein Magdeburg begründen soll. Die Versammlung wird am Sonntag den 19. d. M., vormittags 10 Uhr, in der „Freundschaft“, Prälatalenstraße 32, beginnen.

— An Spenden für bedürftige Hamburgfahrer gingen ein von den Parteigenossen der Magdeburger Lichtdruckerei N. N. 10 Mark. Bis her gesammelt 178 Mark, ergibt 188 Mark. Den Spendern herzlichen Dank. Das Sekretariat.

× Einbruch in die Budauer Sparkasse. Der amtliche Bericht über den Einbruch lautet: In der Nacht vom 12. zum 13. Juli hat, vermutlich in der Zeit zwischen 10^{1/2} und 12^{1/2} Uhr, in der städtischen Sparkasse Magdeburg-Budau ein Einbruchsdiebstahl stattgefunden, bei dem 8500 (achttausendfünfhundert) Mark in Papiergeld (für 1000 Mark 100-Mark-Scheine, für 2000 Mark 50-Mark-Scheine, für 3000 Mark 20-Mark-Scheine, für 1000 Mark 10-Mark-Scheine, für 1000 Mark 5-Mark-Scheine, für 500 Mark verschiedene Geldscheine) entwendet wurden. Der Diebstahl ist wahrscheinlich in der Weise ausgeführt, daß der mit den örtlichen Verhältnissen vertraute Dieb sich in das Budauer Rathaus, Schönebeker Straße 87, eingeschlichen und die Tür zum Kassenraum mittels Nachschlüssels geöffnet hat. Den in diesem Raum befindlichen Geldschrank muß der Täter mit einem auf unrichtige Weise in seinen Besitz gelangten Duplikatschlüssel des Schranke geöffnet haben, da sonst ein Öffnen des Geldschrankes ohne erhebliche Beschädigung desselben nicht möglich ist und keine solche vorhanden war. Aus einer in dem Schranke befindlichen Blechtafelte sind dann die 8500 Mark, die von dem Kassierer Hermann Peters zur Auszahlung an die Krankenkasse des Krupp-Gruson-Werkes bereitgelegt waren, gestohlen. Zum Verlassen des Kassenraumes hat der Dieb wahrscheinlich ein nach der Höhe der zu belegenden Fenster dieses Raumes benutzte, da von den innen befindlichen eisernen Fensterläden die Vorlegeplatte entfernt war und diese Läden sowie ein Fenster durch einen Wächter der Magdeburger Wache und Schließgesellschaft geöffnet vorgefunden wurden. Den Hauptschlüssel zum Geldschrank will der Kassierer Peters in eigener sicherer Verwahrung gehabt haben. Ueber das Vorhandensein bzw. die Verhütung eines Duplikatschlüssels wurden sehr widersprechende Angaben gemacht.

× Falsche Rentenbankscheine. Seit längerer Zeit kommen, wie in andern Städten, auch hier falsche Rentenbankscheine zu 10 Rentenmark vor, die von den echten Scheinen erheblich abweichen und bei einiger Aufmerksamkeit sofort zu erkennen sind. Sie sind auf gewöhnlichem Papier hergestellt; das Wasserzeichen ist aufscheinend mittels eines fetthaltigen Druckmittels nachgebildet. Der grüne Stoffaufschlag des rechten Schanzendes der echten Scheine ist durch Uebermalen mit grüner Farbe, in die dünne Fasern eingekratzt sind, nachgemacht. Die Scheine sind im Wesentlichen in der Höhe und Breite etwas kleiner als die echten Scheine. Der Druck der Vorderseite fällt durch Unsauberkeit auf; der die Wertzahl „10“ enthaltende Untergang ist ungenau wiedergegeben; die Beschriftung wirkt schwer und unklar, besonders in den Unterschriften. Auch die Rückseite weicht durch zu röhliche Tönung von den echten Scheinen erheblich ab. Für die erfolgreiche Mitwirkung bei der Ermittlung und Festnahme der Fälscher von Rentenbankscheinen zählt die Deutsche Rentenbank eine Belohnung bis zu 1000 Reichsmark. Sachdienliche Mitteilungen nimmt der Polizeipräsident, Kriminaldirektion, entgegen.

× Wer ist der Eigentümer? Unter verdächtigen Umständen wurden beschlagnahmt: eine braune Aktentasche, eine elektrische Fahrradbeleuchtung, eine Alpacasandtasche mit Notogramm S. R. Die Sachen befinden sich im Polizeipräsidium, Zimmer 260, und können daselbst in der Zeit vom 7. Uhr vormittags bis 8. Uhr nachmittags besichtigt werden.

× Gestohlen wurden aus einer Wohnung in der Hohepoststraße eine goldene Uhr ohne Sprungedel. Die Uhr trägt folgende Gravierung: „Zur Erinnerung April bis Juni 1913 S. R.“ Angaben über die Person des Täters erbittet das Polizeipräsidium, Kriminaldirektion, Zimmer 258 oder 263.

× Ein Schwindler gesucht. Am 30. Juni ist ein etwa 36 bis 38 Jahre alter Mann bei einer Familie in der Kaiser-Friedrich-Straße erschienen und hat sich als Verwandter der Ehefrau ausgegeben. Durch seine genaue Kenntnis der ganzen Familienverhältnisse ist ihm, obwohl er nicht bekannt war, Glauben geschenkt worden. Er hat angegeben, in Hannover eine Schwester besucht zu haben und will dann in Braunschweig Spielern in die Hände gefallen sein, wobei er sein ganzes Geld verloren habe. Ihm sind von der Familie 100 Mark für die Rückreise nach Siegenburg i. Sch. geliehen worden, die am 8. Juli wieder zugesandt werden sollten. Durch Anfrage bei einem Verwandten ist festgestellt, daß es sich um einen Schwindler handelt, der vor kurzer Zeit bei Angehörigen in Breslau in derselben Weise Betrug begangen hat. Er ist etwa 1,70 Meter groß, kräftig, hat blondes Haar, kleinen Schnurbart und im Oberkiefer eine Zahnücke. Weidet man er mit grauem Jacketanzug, braunen Schnürschuhen, weichen grünlichgrauem Filzhut, ebenfalls mit gebogener Krüme und silbernem Abtschluß bei sich. Vor dem Schwindler wird gewarnt. Etwaige Mitteilungen erbittet der Polizeipräsident, Kriminaldirektion (Dauerbüchse), Zimmer 263.

Der Fall Angerstein.

Zum Urteil gegen den achtfachen Mörder Angerstein bringt die „Frankfurter Zeitung“ folgende beachtliche Beiträgen: Das Urteil des Hamburger Schwurgerichts ist menschlich verständlich, und vielleicht würde kein sonstiges Schwurgericht anders geurteilt haben. Es kommt zweifellos auch der Volksempfindung am nächsten, die aus den einfachen Augentatsachen, der Umbringung von acht Personen die anscheinend selbstverständliche Schlussfolgerung zieht: der achtfache Mörder, der erbarmungslos seine Opfer in so bestialischer Weise abgeschlachtet hat, muß mit seinem Leben für die vernichteten andern Leben büßen. Und der Angeklagte selbst erkennt den Wahrspruch ohne Vorbehalt an, er verzichtet auf jedes Rechtsmittel und erklärt: die Tat kann nur mit meinem Blute gestühnt werden.

Wer sind damit wirklich die Zweifelfragen gelöst, die in diesem alle Welt beschäftigenden Prozeß aufgeworfen und so verschieden beantwortet worden sind? Wir sagen nein, schon deshalb, weil keine der hier vertretenen Auffassungen sich mit der andern deckt, weder die juristische, die von Verteidigern, Staatsanwalt und Gericht ganz verschieden vertreten worden ist, und bei der auch das eine der psychiatrischen Gutachten zum Teile von der Annahme des Gerichts abgewichen ist, noch die Beurteilung der psychologischen Zusammenhänge, bei der der Ankläger und Gericht die Erklärungsversuche des Psychologen Herberich ganz bei Seite gelassen, aber andererseits auch nicht selbst eine überzeugende Erklärung für diese in ihren Ursachen unbegreifliche Tat gefunden haben. Die von ihnen schließlich gefundene Deutung klingt zwar einfach, aber sie wird den Tat-

sachen nur zum Teil gerecht und läßt so viele Widersprüche übrig, daß sich zum Schluß doch wieder die Frage erhebt: war der gefällte Spruch auch wirklich ein Wahrspruch, haben wir es in Angerstein tatsächlich mit einem Mörder im Sinne des § 211 des Strafgesetzbuchs zu tun, der alle diese Tötungen vorbedacht und mit voller Ueberlegung ausgeführt hat, oder liegen Affekthandlungen vor, ausgelöst durch seelische Komplexe, sei es im Sinne der Tiefenpsychologie von Herberich als Explosionen aufgestauter Spannungen, als Infantilisimus und Rückfall in Kannibalismus, seien es gewisse geistige Störungen, die dem Psychiater noch nicht klar erkennbar und darum für ihn als die freie Willensbestimmung gemäß § 51 St. G. B. ausschließend nicht vorhanden sind?

Ist das erstere der Fall, so haben wir es mit einer Bestie in Menschengestalt zu tun, die mit einer Gemütsroheit sondergleichen aus verhältnismäßig kleinen Ursachen mordet, auch solche Personen mordet, die seinem Herzen nahestehen. Dann müßte aber auch der Lebenslauf eines solchen Mannes Zeichen aufweisen, die eine solche Bestialität verständlich machen. Aber alles das fehlt gerade bei der Lebensentwicklung von Angerstein, der eine Verteidiger wiegung mit Recht auf das ungeheure Mißverhältnis der Tat zum Motiv hin, und so bleibt der Zweifel bestehen und verstärkt sich noch, wenn man die Argumentation des Anklagevertreters näher nachprüft.

Nach der vom Anklagevertreter gegebenen Deutung war es die Tat eines wohlbedachten Planes: das von Angerstein aufgerichtete Gebäude drohte einzustürzen, deshalb zerstörte er alles, die Menschenleben und das Haus, das er in Brand steckte, um mit der Versicherungssumme sich zu sanieren. So kann man zur Not einen juristischen Lehrsatz entwickeln, aber nicht menschliche Regungen gerecht werden; denn das hieße doch das menschliche Gefühl bei Angerstein ganz ausschließen, wenn man ihn für fähig hielte, alles das Furchtbare vorher sorgsam auszubedenken und systematisch auszuführen. Dem widerspricht auch das psychiatrische Gutachten, das bei den drei ersten Morden Affekt-handlungen für möglich hält, und dem widerspricht das von vielen Seiten bezugte und vom Gericht anerkannte ärztliche Verhältnis zwischen den Ehegatten Angerstein, das einen so kaltschnitigen Mord kaum verständlich erscheinen läßt, sondern umgekehrt wenigstens bei diesem Anfang eine Affekthandlung wahrscheinlich macht, hervorgegangen aus dem Gedanken, der fortgesetzten Qual dieser schwerkranken Frau ein Ende zu machen und nachher selbst aus dem Leben zu scheiden.

Wie will man diesen Mord mit finanziellen Beweggründen erklären, nachdem doch Angerstein gerade für die Besserung der Gesundheit seiner Frau kein Geld gespart, sondern mehr aufgewandt hat, als seinen Mitteln entsprach? Und wenn man selbst die Ermordung der acht Menschen als eine einfache Berechnungssache Angersteins auffassen will, um sich zu bereichern und keine Spuren zu hinterlassen, warum hat Angerstein dann auch seinen Hund in derselben Weise wie die Menschen erschlagen, der ihn doch nicht verraten konnte? Haben wir es hier nicht mit einem sinnlosen Morden zu tun, der eine Ueberlegung nicht mehr erkennen und das Ganze wie eine fast mechanische Schlächtereier erscheinen läßt?

Wir werfen diese Fragen hier nur auf, um zu zeigen, wie wenig wirkliche Klarheit die Verhandlung geschaffen hat und schaffen konnte. Der Gerichtsbescheid hat die auch den Richtern sicherlich noch innewohnenden Zweifel selbst ausgesprochen mit den Worten: „Ganz kann man die Tat nicht verstehen.“ Das entspricht in etwas der Äußerung Angersteins bei seiner Vernehmung: „Ich weiß selbst nicht, wie ich zu der Tat gekommen bin.“ Man kann eine solche Tat nicht ohne Zuhilfenahme psychologischer Deutungen verstehen, aber auch da ist man auf Vermutungen angewiesen, ohne für dieses psychologische Rätsel schon eine Lösung zu finden. Die Tragödie Angerstein ist beendet, mit dem Urteilspruch ist der Vorhang gefallen. Was die Todesstrafe vollstreckt oder in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt werden, die Person Angerstein ist für die Welt erledigt. Aber die Fragen, die dieser Fall aufgeworfen hat, werden die Öffentlichkeit noch weiter beschäftigen, und man kann nur hoffen, daß es dem Fortschritt der Wissenschaft gelingen möge, hier noch unbekannte oder unerkannte Gebiete zu erschließen und eine klarere Erkenntnis der seelischen Zusammenhänge zu schaffen, die dann auch die Gestaltung des Strafrechts auf einen festern Boden zu stellen vermag.

Kleine Chronik.

× Eine zwölfjährige Mutter. In den Sumpf der Großstadt leuchtet wieder einmal ein Vorfall hinein, der in der Kriminalgeschichte wohl noch fast einzig dasteht. In der Wilmannsstraße zu Berlin-Neukölln lebt seit einiger Zeit ein 34 Jahre alter Arbeiter in milder Ehe mit einer geschiedenen Frau, die er zu heiraten beabsichtigte. Die Frau hat eine jetzt 12 Jahre alte Tochter. Zum Schein hielt der künftige Stiefvater sehr streng auf eine gute Erziehung dieses Mädchens. In der Schule aber merkte man in der letzten Zeit an der Kleinen eine körperliche Veränderung, die Veranlassung dazu gab, sie einem Arzte zuzuführen. Dieser stellte durch eine Untersuchung fest, daß das Mädchen schwanger war und ließ es nach dem Krankenhaus in Budow bringen. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben nun, daß der scheinbar so strenge „Erzieher“ schon seit Weihnachten vorigen Jahres sich an seiner kleinen künftigen Stieftochter in Abwesenheit der Mutter vergangen hatte. Außerdem hatte er noch ein Verhältnis mit einem erwachsenen Mädchen, das ebenfalls Folgen zeitigte. Der Wüstling wurde verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Durch Drohungen und Schläge hatte er das Kind gezwungen, über alle Vorgänge zu schweigen.

× Eine sensationelle Heirat. Die Entlein des Kaisers Franz Joseph und die einzige Tochter des Kronprinzen Rudolf, Elisabeth Fürstin in Windisch-Grätz wird demnächst den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Behnel heiraten. Sowohl die Fürstin wie Behnel sind geschiedene Eheleute. Seit Elisabeth Windisch-Grätz nach ihrer Scheidung aus Schloß Schönbrunn vertrieben wurde und durch Vermittlung des Arbeiterrats ihren Wohnsitz behalten konnte, steht sie in engen Beziehungen zur Sozialdemokratischen Partei und zum Abg. Behnel, der sich insbesondere der Erziehung der Urenkel Franz Josephs annahm. Der eine Sohn ist Lehrling in einer Automobilfabrik und eine Tochter Schülerin in einem Wiener Gymnasium. Elisabeth Windisch-Grätz hält sich jetzt in einer kleinen Privatwohnung auf der Wieden auf.

× Auch ein Einbrecher. Eine inaktivierte Auffklärung fand ein vermeintlicher Einbruch in Berlin-Schöneberg. Eine Gastwirtsfamilie hatte nach Beendigung des Geschäftes sorgfältig abgeschlossen und sich in der hinter den Schanzkräumen gelegenen Wohnung zur Ruhe gegeben. Da hörte das Ehepaar plötzlich ein verdächtiges Rascheln und leise Tritte im Nebenzimmer. Das mußte von Einbrechern herrühren. Um einen Zusammenstoß mit ihnen zu vermeiden, erhob sich der Ehemann vorsichtig, ging an den Fernsprecher und rief das Ueberfallkommando. Dieses war bald zur Stelle, suchte alle Räume ab, fand aber zunächst nichts Verdächtiges. Endlich aber entdeckte es in einem Kleiderkasten einen Mann. Es war aber kein Einbrecher, sondern der Bräutigam der Tochter. Als er merkte, daß man ihn gehört hatte, war er wieder in das Stübchen hineingeschlüpft, um die weitere Entwicklung der Dinge abzuwarten.

× Frauenmord in Straßburg. Ein furchtbares Verbrechen wurde in Straßburg im Hause Secstraße 3 entdeckt. Dort wohnt der Telegraphenretierer Fiedler, der sich Anfang Juli mit seiner Frau zur Erholung in den Harz begeben hat. Während seiner Abwesenheit hütete die Schwägerin, ein 64jähriges Fräulein Kaiser, die Wohnung. Es fiel auf, daß die Hausbewohner Fräulein Kaiser einige Tage lang nicht sahen. Jedoch erst, als ein Telegramm nicht bestellt werden konnte, schloß man Verhaftung und ließ die Tür öffnen. Den Eintretenden schlug ein pfeifenartiger Reichenherm entgegen. Die Zimmer waren durchwühlt, die Leiche lag auf dem Bett. Das Gesicht war mit einem

stumpfen Gegenstand eingeschlagen und furchterlich zugerichtet. Außerdem war die Ermordete an Händen und Füßen gefesselt und hatte einen Strick um den Hals. Die Leiche mag etwa zehn Tage in der Wohnung gelegen haben. Ob etwas gekaut ist, konnte nicht festgestellt werden. Jedenfalls fehlt eine Briefmarkensammlung im Wert von rund 10000 Mark in acht Bänden.

× Eine dunkle Geschichte. Abenteuerliche Geschichten erzählt ein Mädchen aus einem Dorf in der Nähe von Dresden, das sich kürzlich bei der Zentralstelle zur Bekämpfung des Mädchenhandels im Berliner Polizeipräsidium meldete. Wie die Zwanzigjährige zunächst jagte, traf sie am Sonntag beim Schützenfest im Dorf auf der Festwiese einen ihr bekannten Arbeiter, der sich mit zwei Männern und einer Frau unterhielt. Die Frau gab ihr Bonbons, nach deren Genuß sie das Bewußtsein verlor. Als sie wieder zu sich kam, war es bereits Freitag, und sie befand sich auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin. Was unterdessen mit ihr geschehen war, wußte sie nicht. Als man ihr auf dem Kopf zusagte, daß sie Märchen erzähle, gab sie schließlich zu, daß sie geschwindelt hatte. Jetzt sagte sie, sie sei mit den drei Männern und der Frau teils mit Auto, teils mit der Eisenbahn gefahren. Auf dem Bahnhof in Berlin habe sie der unbekannten Frau 100 Mark weggenommen und sei nun in Berlin umhergelaufen. In der Meinung, ihren Gewaltschein verloren zu haben, habe sie die Bekämpfung erfunden, um auch ohne Schein wieder in den Besitz ihrer auf dem Anhalter Bahnhof in Verwahrung gegebenen Sachen zu kommen. Der Gewaltschein fand sich aber bei einer Durchsuchung doch noch in ihrer Tasche, und so erhielt sie ihren Kartion wieder. Was nun wirklich geschehen ist, weiß man immer noch nicht. Die Bestohlene hat sich nicht gemeldet und das Mädchen meint immer noch, daß die drei Mädchenhändler seien. Der Vater, der auf Veranachtlung nach Berlin kam, um seine in Schutzhaft genommene Tochter abzuholen, berichtet, daß der Arbeiter aus dem Dorfe verschwunden sei. Die unbekannte Frau wurde, wie das Mädchen sagt, von den beiden Männern „Kapitän“ angeteilt.

× Straßenbahnunglück in Hamburg. Am Montagabend stießen in Hamburg zwei Straßenbahnzüge zusammen. Beide Züge wurden aus den Schienen gehoben. Die Scheiben wurden zerstört. Der Werkmeister Friedrichsen sprang mit seinem vierjährigen Kinde von der Plattform, wobei das Kind unter den Weiragen geriet und getötet wurde. Zwei andre Fahrgäste wurden schwer verletzt. Friedrichsen erlitt einen Wahnsinnsanfall und mußte in das Krankenhaus eingeliefert werden.

29. deutscher Krankenkassentag.

Am letzten Verhandlungstag referierte Stadlarzt Dr. Kober (Berlin) über die sozialhygienische und sozialpolitische Bedeutung der Behandlungsanstalten. Die Vorträge befand sich, weil sie ihrer Aufgabe infolge ihrer Einzelarbeit nicht Herr werden könne, in der schärftesten beruflichen und wirtschaftlichen Kriese. Diese könne ihre Lösung nur finden durch eine Organisation, in der Gemeinheitsarbeit Grundgedanke ist. Für eine solche können Behandlungsanstalten der Krankenkasse eine brauchbare Grundlage geben. Zugleich ist zu versuchen, die Krankenkasse in ein großes System sozialfürsorglicher Betreuung organisch einzugliedern. Damit aber die Behandlungsanstalten voll werden können, ist die Vereinfachung des gesamten Versicherungswesens auf bezüglicher Grundlage mit den Krankenkassen als Unterbau zu verlangen. Die medizinische Wissenschaft und die Bevölkerungspolitik werden daraus einen wesentlichen Nutzen zum Wohle der Gesamtbevölkerung ziehen. Die Forderungen Kober wurden in einer niedergelegten Entschließung gutgeheißen.

Das Schlußreferat wurde vom Hofarzt Dr. Sewald (Braunschweig) über das Thema „Zahnärztliche Behandlung in Eigenbetrieben der Krankenkassen“ gehalten. Die Ausführungen des Referenten fanden die volle Billigung der Versammlung. In der angenommenen Entschließung heißt es u. a.: „Zahlreiche Untersuchungen ergaben, daß 95 v. H. unserer Schulkinder ein mangelhaftes Gebiß besitzen, ein Ergebnis, das sich bei den Erwachsenen noch ungünstiger gestaltet. Daraus ergibt sich für die Krankenkassen als berufene Hüter der Volksgesundheit die Pflicht, auf die Erkrankungen des Mundes und der Zähne ein besonderes Augenmerk zu richten. Sie müssen dabei einerseits für ihre Versicherten eine möglichst hochwertige Behandlung bereitstellen, dürfen jedoch andererseits nicht außer acht lassen, daß sie öffentliche Gelder zu verwalten haben, die möglichst wirtschaftlich zu verwenden ihnen zur Pflicht gemacht ist. Beide Bedingungen erfüllt die Zahnbehandlung in freier Praxis nur in geringem Maße. Der private Einzelbetrieb kann sich weder die Fortschritte der Wissenschaft und Technik in dem Maße nutzbar machen, noch kann er so wirtschaftlich arbeiten, wie es erforderlich wäre. Demgegenüber hat sich bei vielen Krankenkassen durchgeführte zahnärztliche Versorgung der Versicherten in eignen Kassenkliniken medizinisch und wirtschaftlich ausgerechnet bewährt. Die Kassenzahnkliniken sind gegenwärtig die beste Form der zahnärztlichen Versorgung der Versicherten. Sie sollten daher von allen Krankenkassen nachdrücklich gefördert werden, gegebenenfalls unter Zusammenhülfe der Kassen zu örtlichen Zweckverbänden. Besondere Aufmerksamkeit müssen die Kassen der Zahnpflege der heranwachsenden Jugend zuwenden.“

Geschäftsführer G. Lehmann (Charlottenburg) erstattete den Geschäftsbericht. Die Zukunft sei nicht besonders rosig. Der hohe Krankenstand im Deutschen Reich sei ein stürmisches Wetterzeichen. Im nächsten Jahre soll zur Aufklärung eine Reichgesundheitswoche sowie eine Gesundheits- und Krankenversicherungs-Ausstellung in Düsseldorf abgehalten werden. Der Redner besprach auch den Entwurf des Gesetzes zur Abänderung des Wehrmachtsverordnungs-gesetzes. Diese Verordnung dürfe aber nicht geschehen auf Kosten der Krankenkassen und ihrer Selbstverwaltung. Auf der Tagung waren 838 679 Versicherte von 815 Kassen durch 396 Arbeitgeber, 723 Versicherter und 510 Angestelltenvertreter vertreten. Außerdem waren anwesend 70 Vertreter der Landesverbände, des Vorstandes und des Beirats, 4 Vertreter vom Ausland, 65 Vertreter der Behörden und sozialpolitischen Organisationen, von Landtagen und vom Reichstag, zusammen 1768 Teilnehmer. Als nächster Tagungsort wurde Düsseldorf bestimmt.

Oberstabsarzt Dr. von Moro als Vertreter des Deutschen Bäderverbandes erklärte sich namens seines Verbandes bereit, in Verhandlungen mit den Krankenkassen einzutreten, damit Kranken Mitgliedern der Bäderbesuche ermöglicht werde. Die Neuwahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder mit Ahrens als erstem Vorsitzenden. Dieser schloß darauf die Tagung mit dem Wunsch auf weiteres Blühen und Gedeihen der Krankenkassen.

Dreifaches Todesurteil. In dem Mordprozeß gegen den Landarbeiter Gerth, die Ehefrau Bloch sowie deren Sohn Erich Guth, die am 8. Februar d. J. in Kleinfehren bei Deutsch-Ehlan den Rentier Bloch ermordet haben, wurde vom Schwurgericht zu Elbing nach 14stündiger Verhandlung das Todesurteil gegen alle drei Angeklagten verkündet.

(Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Willy in Annifer,
auf zu Promom,
Buklunstr. 29

Vereine und Versammlungen.

Die Postbeamten zur Teuerungsfraage.

Die Ortsgruppe Magdeburg des Reichsverbandes deutscher Post- und Telegraphenbeamten hielt unter Leitung ihres Vor- sitzenden Felsch eine gut besuchte Versammlung ab, in der Stadth. Becker über „Aktuelle Beamten- und Wirtschaftsfragen“ sprach.

Die von der Reichsregierung am 1. Juni 1924 in Wirk- samkeit gesetzte Befolungsneuordnung hatte nicht nur in weite- ren Kreisen der Beamenschaft, sondern auch der Bevölkerung des ganzen Reiches und Erstaunen hervorgerufen.

Die gleichmäßige Behandlung aller Gruppen führte aber wiederum zu heftigen Protesten, denen sich selbst einige Landesregie- rungen angeschlossen und von sich aus den unteren Befolungs- gruppen höhere Zuschläge gewährt. Prompt protestierte das Reichsfinanzministerium dagegen.

Telegraphische Auszahlungen.

Table with columns for location, currency, and amounts for July 13th and 14th. Locations include Amsterdam, Buenos Aires, Brüssel, etc.

(Die Notierungen sind in Reichsmark angegeben.)

Wetterbericht.

Das nördliche Hochdruckgebiet hat nunmehr auch ganz Norddeutschland in seinen Bereich aufgenommen und erzeugt hier heiteres und warmes Wetter.

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Magdeburger Volkstheater, E. B. Sonnabend den 18. Juli, nach mittags 5 Uhr im Schützenhaus einmaliges Sommerkonzert (Philharmonisches Orchester, Orchester, Orchester, Jugendmusikantengilde, Jugendchor).



Was lese ich?

Die neuesten Zeitschriften: Radio für Alle, Welt, Kampf, etc.

Wein und Weinling.

Neulich fand in dieser Zeitung ein Rezept zu einem Rotwein auf Gauverfälschung mit Verabreichung. In diesem war auch davon die Rede, daß man solche roten Weine nur zur Zeit der Kirchenernte heften lassen könne.

Wasserstände.

Table showing water levels for various locations like Hamburg, Berlin, etc., with columns for date and level.

Advertisement for Coruco, Neuer Weg 19, featuring clothing items like Bindjaden, Sommeranzüge, and Manschettenanzüge with prices.

Advertisement for Ackerpacht-Vereinigung Gardelegen, listing various plots for rent and their locations.

Advertisement for Saison-Ausverkauf, listing various goods like Anzugstoffe, Wollstoffe, etc. with prices.

Advertisement for E. Preßler, located at Jägerstr. 7, featuring various services.

Advertisement for Möbel mit Kredit-Bewilligung, listing various furniture items and prices.

Advertisement for Friedländer, featuring a bicycle and other goods.

Advertisement for Die Hand-Waschen, featuring a bicycle and other goods.

Advertisement for Der Bettelstudent, featuring a play by Karl Müllbeker.

Advertisement for Die Frau ohne Kuß, featuring a play by Walter Kolio.

Advertisement for Deutscher Bauwerksbund, featuring a building and other goods.

Advertisement for Wilhelmspark, featuring a play by Gr. Gala-Rinderfest.

Advertisement for Haare, featuring a hair salon and other services.

Advertisement for Gold-Ohring, featuring jewelry and other goods.

Advertisement for Wohnraum in Untermiete, featuring rental services.

Advertisement for Anna Lühr, featuring a woman and other goods.

Advertisement for Gastwirt, featuring a restaurant and other services.

Advertisement for Heinrich Grunow, featuring a restaurant and other services.

Advertisement for Weinballons, featuring wine and other goods.

Advertisement for Willi Karbaum, featuring a woman and other goods.

Advertisement for Knorr Suppenwürst, featuring food products.

Advertisement for Anna Quilck, featuring a woman and other goods.

Advertisement for Heinrich Grunow, featuring a restaurant and other services.

Radiodienst der Volkstimme.

Vier Stahlhelmer zum Tode verurteilt.

hs Schwerin, 15. Juli. In dem Memorb-Prozess vor dem Schwurgericht Schwerin wurde nach achtstündiger Verhandlung der Öffentlichkeit geführten Verhandlungen am Dienstag abend 9 Uhr folgendes Urteil gefällt: Es wurden verurteilt: Der Maurer Rukon wegen Mordes zum Tode, Arbeiter Kalla wegen Mordes zum Tode, der Oberleutnant Wittor wegen Anstiftung zum Mord und Verleitung zum Meineid zum Tode und 3 Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte, der Landwirt Lisjuzza wegen Anstiftung zum Mord zum Tode, der Verwaltungsratsmitglied Wagner wegen Beihilfe zum Mord durch Beschaffung von Waffen zu 2 Jahren Gefängnis, der Bäcker Lebhoff wegen Meineids zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis. Sämtliche Angeklagten sind Mitglieder des Stahlhelm. Zur Begründung des Urteils wurde die Öffentlichkeit wieder ausgeschlossen.

Fez bedroht.

+ Paris, 15. Juli. Die hier vorliegenden Nachrichten von der Bedrohung von Fez durch die Rifkämpfer sind bisher nicht widerlegt worden. Die spanische Militärregierung hat die Verbreitung einer Meldung über die Bedrohung von Fez ebenfalls bestätigt.

Außenpolitische Debatte am Dienstag?

Berlin, 15. Juli. Das Organ des Herrn Stresemann, die „Tägliche Rundschau“, nimmt an, daß voraussichtlich am kommenden Dienstag und Mittwoch die außenpolitische Debatte im Reichstag stattfinden wird. Die „schlechte Voraussetzung“ hierzu werde insofern erfüllt sein, als man damit rechnen könne, daß die deutsche Antwortnote bis zum Anfang der nächsten Woche abgeschickt sein würde. Die „Germania“ gibt die Nachricht mit einem großen Fragezeichen wieder.

Aufwertungsberatung verschoben.

sp Berlin, 15. Juli. Wie sich nach der gestrigen Reichstags-Sitzung herausgestellt hat, ist die Verteilung der Beschlüsse der zweiten Lesung des Aufwertungsgesetzes nicht so rechtzeitig erfolgt, daß die dritte Lesung bereits am Mittwoch stattfinden könnte. Reichstagspräsident Lobe wird deshalb am heutigen Mittwoch beantragen, die dritte Lesung auf Donnerstag zu verschieben.

Griechisch-türkischer Konflikt beigelegt.

ff Konstantinopel, 15. Juli. Der Metropolit Sakkis von Mizaen wurde heute zum Patriarchen gewählt. Die Wahl bedeutet das Ende des Konflikts zwischen Griechenland und der Türkei.

vornehmen will, wird, ebenfalls in namentlicher Abstimmung, mit 235 gegen 198 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

In einfacher Abstimmung werden auch die Anträge der Sozialdemokraten und des Abg. West auf Erhöhung des Aufwertungsgesetzes für Anleihen von 5 auf 20 Prozent abgelehnt, so daß es bei 5prozentiger Aufwertung der Anleihen bleibt. Annahme findet der Kompromißantrag, der den Betrag für „Wohlfahrtszentren“ für kirchliche und wissenschaftliche Zwecke im Betrag von 5 auf 10 Millionen Mark erhöht. Auch die Demokraten haben für diesen Antrag gestimmt.

Im übrigen wurden alle Anträge der Oppositionsparteien abgelehnt und die Gesetzesfassung der Kompromißparteien aufrechterhalten. Mit den Oppositionsparteien stimmte einige Male auch der linke Flügel des Zentrums, ohne daß eine Mehrheitsbildung dadurch ermöglicht worden wäre.

Die Vorlage wird hierauf nach den Beschlüssen der Kompromißparteien in der zweiten Lesung angenommen.

Das Haus stimmt dann noch einem Initiativ-Gesetzentwurf Müller (Franken, Soz.) einmütig zu, der den Sozialrentnern in der Anrechnung ihres eventuellen Einkommens die Bergünstigungen bei Bemessung ihrer Unterhaltungen einräumt, die im Hypothekengesetz den „Bedürftigen“ in dieser Beziehung gewährt werden.

Gegen 9 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch, 3 Uhr nachmittags: Dritte Lesung des Hypotheken-Aufwertungsgesetzes und zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Errichtung der Rentenbank-Kreditanstalt.

Sündenbock Stresemann.

Als der Reichsaußenminister Stresemann vor wenigen Tagen in die Öffentlichkeit flüchtete, um die Deutschnationalen zur Verleugnung ihrer außenpolitischen Demagogie zu zwingen, unternahm der Reichskanzler eine Gegenaktion, und das Intrigenspiel endete mit der Versicherung: Alles ist sich wieder einig. Es war insbesondere die deutschnationale Presse, die diese Einigkeit beteuerte und versicherte, daß alles in bester Ordnung sei. Inzwischen hat sich die Pariser Presse ebenfalls mit dieser mehr als merkwürdigen „Einigkeit“ befaßt und aus den innerpolitischen Verhältnissen in Deutschland geschlossen, daß Stresemann bald zurücktreten wird. Wichtig ist, daß er persönlich daran nicht denkt, aber wenn es so weit ist, dürfte man ihn nicht erst fragen; denn es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die gelobte Einigkeit in Wirklichkeit in einer großen Uneinigkeit ihren Ausdruck findet. Das bestätigt am Dienstag abend der deutschnationale „Tag“, indem er schreibt:

Es ist bekannt, daß in weiten Kreisen der Deutschnationalen Volkspartei gegen die Sicherheitspolitik des Außenministers Stellung genommen wird in Resolutionen und Protesten und daß innerhalb des Kabinetts zwischen den Regierungsparteien Verhandlungen über Meinungsverschiedenheiten vor etwa vierzehn Tagen stattgefunden haben. Diese Verhandlungen haben zunächst im Kabinett und in Konferenzen der Führer der Regierungsparteien mit dem Reichskanzler und dem Außenminister zu einem Einvernehmen geführt. Trotzdem ist aber die Frage, ob seinerzeit das Memorandum vom 9. Februar, das die Verhandlungen über den Sicherheitspakt einleitete, auf Grund eines Kabinettsbeschlusses über auf Grund persönlicher Anregung des Außenministers nach Paris abgesandt worden ist, nicht geklärt, und in den letzten Tagen auch mehrfach wieder in der Öffentlichkeit erörtert worden. In parlamentarischen Kreisen spricht man seit Tagen davon, daß diese alten Gegensätze wieder akut werden könnten, wenn es im Reichstag zu der nach Abjendung der Antwortnote an Briand beabsichtigten außenpolitischen Debatte kommen sollte, oder bei der dritten Lesung des Stats die Beratung über das Auswärtige Amt stattfindet.

Diese Ausführungen des „Tag“ bilden eine neue Bestätigung für die sozialdemokratische Behauptung, daß vorläufig jeder außenpolitische Krach so lange vermieden werden soll, bis der Polwucher unter Dach und Fach und die großangelegte Ausplünderung des deutschen Volkes durch die Agrarier zum Gesek erhoben ist. Ist das geschafft, dann kann man sich Stresemann vornehmen. „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.“

Von Hitlers Gnaden.

Die nationalsozialistische Fraktion des Münchner Stadtrats hat sich am Dienstag aufgelöst; gleichzeitig hat der bisherige Vorsitzende Mehr seinen Austritt aus dem Stadtrat erklärt. In seinem Schreiben an den Stadtrat gibt er an, daß er vor seiner Wahl zum Stadtrat jene Erklärung mitunterzeichnet habe, derzufolge die auf die nationalsozialistische Liste Gewählten auf Wunsch Adolf Hitlers jederzeit das Mandat niederzulegen haben. Dieser Wunsch sei nunmehr an ihn ergangen, und aus diesem Grunde müßte er aus dem Stadtrat ausscheiden.

Der Stadtrat beschloß aber mit allen gegen die kommunistischen Stimmen, das Gesek Mehr abzulehnen, da es nicht angehe, daß von Außenher auf die Zusammensetzung des Stadtrats eingewirkt wird.

Wie man hört, ist das Vorgehen Hitlers gegen Mehr darauf zurückzuführen, daß die nationalsozialistische Fraktion bei der Haushaltsberatung mit den bürgerlichen Parteien für den Gemeindefinanzhaushalt gestimmt hat und so dessen Annahme ermöglichte. Daraus kam man beim schönen Adolf in Ungnade.

Kartellbildung durch Schutzoll.

Ganz gegen den Willen der bürgerlichen Regierungsmehrheit geht das heiße Ringen um die einzelnen Positionen des Zolltarifs mit aller Fähigkeit weiter. Die Sozialdemokratie denkt nicht daran, der Raffgier der Agrarier und Industriellen Vorschub zu leisten. Am Sonnabend drehte sich im handelspolitischen Ausschuß der Kampf vor allem um die hochwichtige Gruppe „Eisen und Eisenwaren“. Einleitend mußten sich dabei die Kommunisten von den Deutschnationalen sagen lassen, daß ihr Kampf gegen die Zollvorlage lediglich von dem Gesichtspunkt aus geführt werde, die Sozialdemokraten zu übertrumpfen. Es ist ein schlechtes Kämpfen für die russischen Brüder, wenn sie immer wieder von den Bürgerlichen mit der Nase darauf gestoßen werden können, daß ausgerechnet Sowjetrußland hermetischer durch hohe Schutzollmauern abgeschlossen ist als irgendein anderes Land.

Bei den Eisenölen spielen die Abmachungen, die mit Wissen und Willen der Regierung Luther-Stresemann zwischen der französischen und deutschen Eisenindustrie ge-

troffen worden sind, eine bedeutende Rolle. Gerade hier wäre vielleicht am ehesten eine Möglichkeit gegeben, mit Hilfe der staatlichen Zollgesetzgebung zu verhüten, daß private Vereinbarungen sich zum Schaden der Verbraucher auswirken. Aber, von der heutigen Regierung ist nicht zu erwarten, daß sie sich nach dieser Richtung betätigt. Dabei ist die Gefahr privatwirtschaftlicher Abmachungen kaum irgendwo so groß für die Allgemeinheit wie bei der eisenerzeugenden und eisenerarbeitenden Industrie. Mit Recht wies Abgeordneter Silberding (Soz.) darauf hin, daß die Ueberlegenheit der eisenschaffenden Industrie die weniger kräftige eisenerarbeitende Industrie dazu zwingt, sich an jene anzulehnen. Den Vorteil davon haben nur die großen und mittlern Betriebe der eisenerarbeitenden Industrie, während die kleinen Betriebe ganz unter der Botmäßigkeit der eisenschaffenden Industrie bleiben.

Das Gefährliche der mit dem Abkommen verbundenen Kontingentspolitik besteht darin, daß dadurch der Abschluß von Handelsverträgen erschwert, das Monopol der eisenschaffenden Industrie gestärkt und die Abwälzung der Zölle auf das Ausland unmöglich gemacht wird. Damit wird zugleich unsere technische Entwicklung gehemmt und die Konkurrenzfähigkeit sehr erschwert. Außerdem führt ein Zollnachschuß gegenüber Frankreich um die Hälfte zu Gegenmaßnahmen vor allem Englands und Amerikas, die sich eine derartige Differenzierung nicht gefallen lassen werden.

Wie soll Deutschland unter diesen Umständen seine Hauptforderung, nämlich die Meißbegünstigung, durchzuführen, wenn solche privaten Abmachungen staatlich sanktioniert werden? Zu allem Ueberflus ist dadurch das Interesse der französischen Schwereisenindustrie am Abschluß eines Handelsvertrags mit Deutschland sehr gemindert, da sie nach den privaten Vereinbarungen ein hohes Eisenkontingent zu wesentlichem niedrigerem Zollfuß einführen darf.

Die Sozialdemokratie will einen Zolltarif, der die Rohstoffe sowohl für die Industrie wie für die Landwirtschaft freiläßt, damit sich die Verarbeitung und Veredelung durch deutsche Arbeit so hoch als nur möglich entwickelt, weil das allein im Interesse der deutschen Wirtschaft liegt. Die Schutzollpolitik der Regierung und der Industrie und Landwirtschaft dient nur dem Abschluß von Kartellen, was zu Kartellpreisen führt und die Kartellrenten auf Kosten der Verbraucher und der technischen Entwicklung fortgesetzt steigert.

Auch auf diesem Gebiet finden sich Deutschnationale und Kommunisten zusammen. Beide wollen bei dieser Gelegenheit beweisen, daß es der deutschen Industrie infolge des Dawes-Abkommens außerordentlich schlecht geht. Von dieser imperialistischen Voreingenommenheit heraus nehmen sie Stellung zum industriellen Schutzollproblem und kämpfen wieder einmal Schulter an Schulter gegen die einzig mögliche wirtschaftliche Auffassung, wie sie die Sozialdemokratie, nicht zuletzt auch im Interesse der industriellen Arbeiterchaft, vertritt.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Die Metallarbeiter-Wahlen.

Am Sonntag fanden im Reich die Delegiertenwahlen des Metallarbeiterverbandes zum Breslauer Gewerkschaftskongress statt. Das Ergebnis dieses Wahlganges ist infolge von besonderem Interesse, als die Kommunisten bis in die letzten Jahre einen wesentlichen Teil dieser Delegierten stellten. Inzwischen hat sich aber das Bild vollständig geändert. Aus dem ererbten kommunistischen Siegel wurde am Sonntag eine Niederlage von seltenem Ausmaß. Die bis jetzt fast reißlos vorliegenden Meldungen über den Ausfall der Wahlen sind für Moskau geradezu vernichtend und eröffnen für die Zukunft der deutschen kommunistischen Partei keine hoffnungreichen Perspektiven.

Überall wurden aus den ehemaligen Mehrheiten hoffnungslose Minderheiten, so daß die kommunistischen Gewerkschaftsführer auf dem Breslauer Gewerkschaftskongress fast überhaupt nicht oder nur in einer ganz geringen Anzahl anwesend sein dürften. Diese Entwicklung im Metallarbeiterverband ist ein neuer Beweis für die fortschreitende Konsolidierung innerhalb der Arbeiterbewegung. Sie zeigt, daß die Sozialdemokratie marschiert, während die Kommunisten auf der ganzen Linie im Rückzug begriffen sind.

Streik im Berliner Wasserwerk? In dem Lohnkonflikt der Berliner Gas- und Wasserwerke hatte der Schlichter am Sonnabend einen Vergleich auf der Basis einer Lohnerhöhung von 2 Pfennig pro Stunde vorgeschlagen. Die Arbeiter forderten dagegen eine Erhöhung der Stundenlöhne um 20 Pfennig. Während die Direktion der Gas- und Wasserwerke dem Vergleichsvorschlag zustimmte, haben die Arbeiter in einer Urabstimmung sich mit 90 Prozent gegen den Vorschlag und damit für den Streik ausgesprochen.

Seemannsstreit in Australien. In Melbourne begann am Dienstag ein wohl vorbereiteter Seemannsstreit, an dem sich 8000 Seeleute beteiligten. Die Schiffseigentümer und Dampfer-Gesellschaften bereiten sich auf einen längeren Ausstand vor.

Notizen.

Futterkosten für Blindenhunde. Der Kriegsbeschädigtenausschuss des Reichstags beschloß am Dienstag die Erhöhung der jährlichen Futterkosten für den Blindenhund in den Orten der Sonderklassen auf 150, in den Orten der Ortsklasse A auf 144, in den Orten der Ortsklasse B und C auf 132 und in den Orten der Ortsklasse D auf 120 Mark.

Russolins Presseerror. Mussolini hat erneut einen Feldzug zur Abschließung der Pressefreiheit begonnen. Am Dienstag waren im ganzen vier Zeitungen verboten, darunter die „Tribuna“ und die „Mondo Giornale d'Italia“. Der „Corriere della Sera“ führt die Verbote zurück auf Zeitungsberichte wegen der Entlassung des oppositionellen Professors Salvemini in Florenz. Im Zusammenhang mit dieser Entlassung fanden mehrere Fascistenkundgebungen gegen oppositionelle Politiker statt, die mit bewaffneten Zusammenstößen endeten, wobei mehrere Verwundete zu bezichtigen waren.

Friedensangebot an Abd el Krim? Der Marokko-Korrespondent des „Matin“ teilt mit, daß Abd el Krim am Sonntag ein offizielles Friedensangebot gemacht worden sei, das aber abgelehnt wurde. Trotzdem soll der Versuch, offizielle Verhandlungen einzuleiten, von Frankreich und Spanien in nächster Zeit fortgesetzt werden.

Depeschen.

Haussuchung in einer Redaktion.

Ab. Mannheim, 15. Juli. In Verbindung mit dem gegen den kommunistischen Landtagsabgeordneten Ritter eingeleiteten Hochverratsverfahren, das durch die Aufhebung der Immunität seitens des Badischen Landtags ermöglicht wurde, nahm die hiesige Kriminalpolizei gestern in der kommunistischen Arbeiterzeitung eine Durchsuchung der Redaktions- und Parteilräume vor. Die beiden Redakteure Schulz und Szameitatz wurden verhaftet, das Material beschlagnahmt. Szameitatz wurde nach wenigen Stunden entlassen, während Schulz noch in Untersuchungshaft verbleibt.

Freiwillige für Marokko.

Ab. Paris, 15. Juli. „Echo de Paris“ teilt mit, daß der Kriegsminister beschlossen habe, Freiwillige für Marokko einzustellen.

Lärm im polnischen Parlament.

Ab. Warschau, 15. Juli. Gestern kam es im Sejm bei der Abstimmung über das Agrarreformgesetz zu größeren Ausschreitungen. In den Bestimmungen, daß der parzellierte Boden nicht auf die örtliche Bevölkerung, sondern auf andre überbevölkerte Gegenden des Staates verteilt werden könne, wobei besonders Pächter und Beamte parzellierter Güter sowie gebietsbesonder zu berücksichtigen wären, erklärten die Ukrainer und Weißrussen das Bestreben, durch die Parzellierung der Güter im Osten eine polnische Kolonisationspolitik zu treiben. Als Änderungsanträge, nach denen der parzellierte Boden nur der örtlichen Bevölkerung zuzuwenden sei, von allen polnischen Parteien abgelehnt wurden, erhob sich auf den Bänken der Ukrainer und Weißrussen ein ohrenbetäubender Lärm. Es wurde mit den Füßen gestampft, mit den Fäusten auf die Pulte geschlagen und gepfiffen, so daß die Sitzung abgebrochen werden mußte. Sofort nach Wiederaufnahme der Sitzung begannen von neuem Rärmereien und Wortgefechte zwischen den Abgeordneten, die schließlich in größere Schlägereien ausarteten. Die weitere Abstimmung wurde dann vertagt.

Konservativer „Friedenswille“.

Ab. London, 15. Juli. Den Märtern zufolge wird das Kabinett heute eine Denkschrift über ein endgültiges Flottenprogramm erörtern, die ein Ausschuß unter Vorkitz Lord Birtensheads verfaßt hat. Wie es heißt, wird in der Denkschrift vorgeschlagen, die Zahl der in den nächsten 3 Jahren zu erbauenden neuen Kreuzer von je 10000 t, die von der Arbeiterregierung auf 8 herabgesetzt worden ist, auf 19 zu erhöhen. „Daily Mail“ zufolge erklärt die Admiralität, diese Zahl für das Mindestmaß dessen, was die britische Flotte zur Aufrechterhaltung ihrer Schlagkraft brauche.

Die Wirren in China.

Ab. London, 15. Juli. Nach einer „Times“-Meldung liegen nur wenig Anzeichen dafür vor, daß die Gärung in China abnehme. In Hongkong, wo sich die Zahl der Arbeitswilligen vermehrt habe, sei eine schwache Besserung der Lage zu bezichtigen, doch sei eine Beendigung des Streites noch keineswegs abzusehen.

(Schluß des redaktionellen Teiles.)



Donnerstag — Freitag — Sonnabend

3
große
Sonder-
Tage
für

Reste

und
Restbestände
die sich während der Saison in
allen Abteilungen
unseres Hauses angesammelt haben,
ohne Rücksicht auf den bisherigen Preis
Beispiellos billig!!

Breiter Weg
61

R. Wittkowski

Breiter Weg
61

Zweihundertfünfzig Sommer-Windjacken

(vorschriftsmäßig für Reichsbanner)

Stück Mk. 8.—

Kauft, ehe die Bestände ausverkauft!

Die Biene

Ratswageplatz Nr. 3/4, I (Post).

Breiter Weg 267

Tel. 8555

Castrol-Oel
das ritzunahaltige
Motoren-Oel
Gummikappert

Liederbuch für Reichsbannerleute

geeignet. Mit einigen Notenangaben. 30 Pfennig.
Buchhandlung Volksstimme, Magdeburg, Gr. Mühlstr. 3

Zur Wiedereröffnung!

Filz- und Lederschuhfabrik

gegenüber vom Rathaus

Unserer wird wie vorher vom gewöhnlichen Mahnenstiefel (D. R. P. Nr. 576775) bis zum elegantesten Pantoffel bis zum besten und wärmsten Filzschuh werden in meinen Laden zu Fabrikpreisen verkauft. Auch habe ich diesmal eine Abteilung für Reparaturen nach amerikanischer Art eingerichtet.
Schnellste Bedienung! Billigste Preise!
Bitte mein Unternehmen gütigst zu unterstützen.

Burg. B. Swierzinski Burg.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund

(Interbezirk Magdeburg)

Sonnabend den 18. Juli in sämtlichen Räumen von Bremer's Konzert- und Ballhaus, Leipziger Straße 62

Großes Sommerfest

des Interbezirks Magdeburg
Nachmittags 4 Uhr: Garten-Konzert und Kinderbelustigungen. Jedes Kind erhält ein Geschenk.
Abends 7 Uhr: Großes Gesangs-Konzert sämtlicher Vereine des Interbezirks Magd. burg.
Abends 9 Uhr: Großer Gesellschaftsball in beiden Sälen.
Eintrittspreis 1.— Mark inkl. Tanz und kleiner Kinder in Begleitung Erwachsener freier Eintritt. Der Festausdruck.

Herren- und Damenräder

preiswert veräußert

Teilzahlung gestattet.

1808

Reparaturen an **RAF** Fahrrädern, Motorrädern führt prompt und preisw. aus

Walter Beims, Breiter Weg 118, H. 1.

Sonderzug

am Sonntag den 19. Juli nach der

Heimkehr!

der größten Höhe Deutschlands, gelegen zwischen Kyffhäuser und Stolberg. Sonderzugsteilnehmer ermäßigte Preise

Vogelgesang.

heute Donnerstag, nachmittags von 5 Uhr an

Großes Streichkonzert

1872

unter persönlicher Leitung des ehemaligen Kapellmeisters vom Zentraltheater Herrn Friedrich Schmidt.
Der Hofgarten steht in voller Blüte.



Mary Fickford
als
DOROTHY VERNON
in
**DER RITT
UMS
LEBEN**
Das große internationale
Kaiservolk
ab
Freitag
im
Fili



**Die Obst- und
Beerenwein-
Bereitung**
von
J. Schneider
Mit 46 Abbildungen.
Geb. 1.25 M., geb. 2.— M.
Enthält die besten
erprobten Rezepte
Sachgebiete:
Buchhandlung Volksstimme
Magdeburg, Gr. Mühlstraße 3.

*Klinge's zücht
Tinktura
Mehringers
Liquor.*

Egeln Egeln
Schuhwaren
in nur allerbesten Qualitäten
lassen Sie zu billigen Preisen bei
Max Schloß,
Egeln, Secker Weg 72.
Wolffs Lederhandlung.

Burg
Der gebirgten Einwohnerlichkeit von
Burg sowie Fremden und Bekannten
hierdurch zur gefälligen Kenntnisnahme,
das ich mit meinem Hauptgeschäft eine
Rohlen-Handlung
verwandelt habe. Zudem ich nur er-
haltene, beizugliche „Kaufstühle“ unter
keiner weichen Bedienung zu liefern ver-
möge, bitte ich, mein Unternehmen durch
Erteilung von Aufträgen gütigst unter-
stützen zu wollen. 3424
Sachschäftungsstelle
B. Konkolewski,
Sührge-Haus n. Kohlenhandlung,
Oberstraße 52. Fernsprecher 712.

Alle diese Fragen:
Hat die verheiratete Frau das gleiche
Recht wie ihr Mann —?
Soll der Mann so gut wie seine Frau
oder darf die Frau so schlecht wie ihr
Mann sein —?
Ist die Ehe das Grab der Liebe —?
Wie endet „Angst vor der Ehe“ —?
beantwortet der aufsehenerregende Film
Angst vor der Ehe
ab Freitag
Kammer - Lichtspiele.

Heute letzter Tag **Magdeburger Lichtspiele** Heute letzter Tag

Panorama Tom Mix der Damsirend Ein Film voll Action, voll bei- weiser Anmutigkeit, voll neuen spannender Gefühle Ganz der große Große Die verfluchte Stadt Die Dealig-Woche	Kammer Gunnar Tolnaes in Fräulein Sherlock Holmes Der kleine Landstreicher Ein sensationeller Film. Die neuste Dealig-Woche	Walhalla Der Flug um den Erdball — von Paris bis Ceylon — Sauptarkeller: Ellen Richter, Reinhold Schünzel Bruno Kastner, Max Landa Außerdem: Das vielseitige Beiprogramm	Fili Der große Abenteuerfilm Die Millionen-Kompanie mit Olaf Fjord — Olga Tschochowa Colette Brettli — Robert Garrison Außerdem das erschütternde Drama Ein Mühl vom Zirkus
---	--	--	---

Nachrichten aus der Provinz.

Anspruchnahme von Wohnungen durch Gemeinden.

Die der „Ämliche Preussische Presse“ mitteilt, hat der Minister für Volkswohlfahrt auf Grund der §§ 1 und 6 des Wohnungsmangelgesetzes vom 26. Juli 1923 mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers folgende Anordnung erlassen:

Die Gemeindebehörden, welche dem Verfügungsberechtigten allgemein oder in besonderen Fällen ein Verfügungsrecht über frei werdende oder frei gewordene Wohnungen eingeräumt haben, sind verpflichtet, solche Wohnungen oder Teile einer solchen Wohnung, für deren Ueberlassung Vermögensvorteile irgendwelcher Art neben der gesetzlichen Miete zugunsten des Verfügungsberechtigten oder eines andern gefordert, vereinbart oder gewährt werden, zu beschlagnehmen und einem Wohnungsuchenden zuzuwenden.

Bei der Zuweisung haben die Gemeindebehörden in erster Linie solche Wohnungsuchenden zu berücksichtigen, die zur Anmietung der betreffenden Wohnung berechtigt waren und sich um deren Erlangung erfolglos bemüht haben.

Kommt zwischen dem von der Gemeindebehörde zugewiesenen und dem Verfügungsberechtigten innerhalb einer Woche, nachdem der zugewiesene dem Verfügungsberechtigten bezeichnet worden ist, ein Mietvertrag nicht zustande, so geht auf Anrufen der Gemeindebehörde das Mietverhältnis in die Hände der Gemeinde über. Die Gemeindebehörde hat die Verfügungsberechtigten kein unbillig hohes Mietverhältnis zu beschlagnehmen, falls für den Verfügungsberechtigten kein unbillig hohes Mietverhältnis aus der Vermietung an sich oder aus der Art des Mieters zu bezagen ist, einen Mietvertrag fest.

Die Höhe der Jagdsteuer.

Auf eine kleine Anfrage im Preussischen Landtag, in der Frage über die Ende 1923 von 16 auf 80 Prozent erhöhte Jagdsteuer geführt wurde, verweist der preussische Innenminister zugleich für den Finanzminister, dem Ämlichen Preussischen Pressebüro zufolge, auf die Anordnung vom 7. Januar hin, wonach die Steuerzeit durch die Geldentwertung beantragte Steuererhöhung von 16 auf 80 Prozent nach der Befestigung der Währung ihre Voraussetzung verloren hat. Wenn auch hiernach der ursprüngliche Satz von 16 Prozent jetzt wieder als der normale Steuermaß zu gelten hat, so kann doch die Festsetzung der Jagdsteuer nur unter sorgfältiger Abwägung aller einschlägigen Verhältnisse, auch der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreise und Gemeinden, erfolgen. Nicht allen Kreisen und Gemeinden wird daher eine Herabsetzung des Steuerfußes auf 16 o. G. zurzeit schon möglich sein.

Die Amtsvormundschaft.

Das neue Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt hat als bedeutsame Einrichtung die „Amtsvormundschaft“ gebracht. Die Jugendämter, die für jeden Stadt- und Landkreis bestehen müssen, werden kraft Gesetzes Vormund in den näher bezeichneten Fällen. Bei unehelichen Kindern erlangt das Jugendamt die Vormundschaft automatisch mit der Geburt des Kindes. In der Provinz Sachsen und im Freistaat Anhalt sind zurzeit 74 Amtsvormundenschaften tätig, und zwar 38 Amtsvormundenschaften in den Landkreisen und 36 Amtsvormundenschaften in Städten über 5000 Einwohner. Zwei Landkreise sind bis zum Jahre 1926 von der Einrichtung der Amtsvormundschaft befreit. Die neuen Einrichtungen bringen viele Zweifelsfragen.

Auf Einladung des Ausschusses für kommunale Wohlfahrtspflege in der Provinz Sachsen und im Land Anhalt fand Ende Juni in Halle a. d. S. eine Tagung der Amtsvormünder statt, auf der fast alle Jugendämter der Provinz Sachsen und Anhalts vertreten waren. Verhandelt wurden eine Reihe auch weitere Kreise interessierende Fragen. Amtsvormund-Verfahren (Magdeburg) sprach über Welche Maßnahmen erscheinen zweckmäßig, frühere (vor der Inflation ergangene) Urteile über Goldmark auf den jetzt vom Jugendamt festgesetzten Unterhaltssatz zu bringen? Soll ein niedriges Goldurteil — so führte er aus — in ein den augenblicklichen Verhältnissen entsprechendes höheres Goldurteil umgewandelt werden, so empfiehlt es sich, nicht bei jeder kleinen Preiserhöhung sofort die Erhöhung der Schuldtitel vorzunehmen, sondern erst dann auf Erhöhung zu klagen, wenn die Veränderung der Wirtschaftslage eine wesentliche ist. Das Amtsgericht wird auch nur in diesen Fällen dem Antrag stattgeben. Redner trat besonders ein für den Ertrag des beabsichtigten „Gesetzes über die Reichsteilung unehelicher Kinder“. Es soll zur Förderung dieser Bestrebungen an den Deutschen Städtetag herantreten werden.

Amtsvormund Schüler (Magdeburg) sprach über die Frage, in welcher Höhe Lohnpfändungen zulässig sind. Das Gesetz hat hierbei keinen bestimmten Betrag vorgesehen, da verschiedene Umstände, wie z. B. die Lebensverhältnisse des Ortes, an dem der Schuldner wohnt, maßgebend sein müssen. Nach Klarstellung sachlicher Einzelheiten befürwortete der Redner, die Aufgabe nicht allzu sehr hochzuschrauben, um dem Schuldner die Lust an der Arbeit zu erhalten. Es käme häufig vor, daß dieser die Arbeit niederlege, um die Last loszuwerden. Dann falle das Kind ganz der öffentlichen Fürsorge anheim. Andererseits müsse auch darauf gesehen werden, daß die Kindesmutter den Lebensunterhalt des Kindes mindestens annähernd ersetzt erhält.

Oberinspektor Strauß (Hannover) erörtert die Frage, ob es sich empfiehlt, bei Unterhaltssagen Abschnitten in den Forderungen nach Altersstufen der Minder zu verlangen. Er bejahte die Frage und schlug vor, drei Abschnitte, und zwar vom 1. bis 6. Lebensjahr, vom 7. bis 12. Lebensjahr und für die übrige Zeit zu bilden. Im allgemeinen empfiehlt es sich, von Anfang an so viel Geld zu fordern, daß Ersparrnisse im vorgeschrittenen Alter verwendet werden können. Nach Ausführungen des Amtsvormünder Hark war es schon vor dem Krieg üblich, die Unterhaltssätze nach dem Alter festzusetzen. Die Vormünder sollten bei ihren Prozessen ausreichende Summen verlangen. Im Anschluß hieran entpand sich eine Aussprache über die Höhe der Unterhaltssätze, die ergab, daß die Sätze recht verschieden sind. Während in einem Bezirk der Mindestsatz im Monat 25 Mark ist, wurde in einem andern eine Erhöhung von 15 auf 20 Mark abgelehnt. — Durch eine Umfrage sollen hierüber genaue Feststellungen getroffen werden.

Es wurde noch gesprochen über die Einrichtung und Verwaltung der Jugendämter und ihrer Ämter, worüber Jugendamtsvorsänger Gengel (Asterleben) einen Vortrag hielt.

Die Tagung zeitigte noch den Beschluß, eine Arbeitsgemeinschaft der Amtsvormünder unter Leitung des Ausschusses für kommunale Wohlfahrtspflege zu bilden. Eine eingehende Untersuchung der Amtsvormünder ist unbedingt notwendig. Die Jugendämter müssen sich auch gegenseitig Gerichtshilfe leisten.

Ausländer im Kali-bergbau?

Man schreibt uns: Durch die Reichspresse geht eine wahrscheinlich vom Wintershall-Konzern inspirierte Notiz, wonach der Arbeitermangel in der Kali-Industrie noch niemals so groß war wie augenblicklich. Es sei auch nicht gelungen, durch Erzeugung der Erwerbslosenunterstützung für solche Arbeiter, die sich weigern, in den Kärnten zu arbeiten, Vergleiche heranzuziehen. Einige in der letzten Woche man allerdings nach längeren Verhandlungen im Ruhrgebiet angeworben. Trotzdem sei der Bedarf an Arbeitskräften lange nicht gedeckt. Man sehe sich genötigt, ausländische Arbeiter in größerem Umfang anzuwerben.

Demgegenüber stellen wir fest, daß die Arbeiterorganisationen dem Wintershall-Konzern die Vermittlung von Arbeitskräften angeboten haben unter der Bedingung, daß Wintershall für anheimliche und dauernde Wohnverhältnisse sorgt. Das hat Wintershall abgelehnt, wobei von den Vertretern des Konzerns

behauptet wurde, es wäre in der Kali-Industrie des Westrales eine Ueberfülle von Arbeitern vorhanden. Jetzt auf einmal ist wieder Arbeitermangel, und man sieht sich sogar „genötigt, ausländische Arbeiter in größerem Umfang anzuwerben“.

Es wird Zeit, daß sich das Reichsarbeitsministerium einmal um die Pläne des Wintershall-Konzerns bekümmert. Dabei ist Eile wohl geboten. So hat der Reichskommissar Mehlisch in Dortmund vor einigen Tagen in Herne eine Rede gehalten, in der er darauf hinwies, daß man im Ruhrgebiet wahrscheinlich in ganz kurzer Zeit mit 60- bis 70 000 arbeitslosen Bergleuten zu rechnen hat. Und dabei will Wintershall Arbeiter im Ausland werben. Will Wintershall die Ruhrbergleute nicht und spekuliert es auf billigere Arbeitskräfte aus dem Osten? —

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Unterbezirkskonferenz.

Die Konferenz der beiden Unterbezirke tagte am Sonntag in Magdeburg im „Wintergarten“. Genosse Preuß (Neuhaldensleben) eröffnete die Tagung mit einem kurzen Rückblick in die Verhältnisse vom 1. April 1923 bis 31. März 1925. Besonders der Ausgang der verschiedenen Wahlen wurde von ihm einer Betrachtung unterzogen. Preuß kommt hierbei zu dem Ergebnis, daß in vorwiegendem Maße die kommunistische Partei Schuld daran trägt, daß die Reaktion so erstickt ist. Es gilt heute Richtlinien für die Zukunft zu suchen und zu dem bevorstehenden Bezirksparteitag Stellung zu nehmen. Vom Bezirksvorstand Sachsen-Anhalt waren die Genossen Fabian und Ferk erschienen. Weiter waren anwesend Landtagsabgeordneter Genosse Nitsch und als Referenten die Genossen Röber (Magdeburg) und Barth (Berlin).

Den Geschäftsbericht erstattete Genosse Bernid. Der Stand der Mitglieder ist nicht befriedigend. Wenn wir 1923 glaubten, daß der Aufstieg anhalten würde, so haben wir uns geteilt. Aber auch gegenüber der Vorkriegszeit können die Mitgliederzahlen in einer Anzahl von Ortsvereinen nicht befriedigen. Die wirtschaftliche Not, die die breiten Massen durchlaufen müssen als eine Folge des Krieges, weiter aber auch die furchtbare Zeit der Inflation, wo keiner mehr wußte, wozu er morgen noch leben solle, und dazu die Krise im Bergbau, waren Hemmnisse in der Vorwärts- und Aufwärtsentwicklung. Hinzu kommen die demagogischen Verleumdungen unserer Partei durch unsere Gegner von links und rechts und die Tatsache, daß die Schuld an aller Not und allem Elend, die wir durchmachen mußten, unserer Partei zugeschoben wurde. Genau wie mit der Mitgliederbewegung liegt es auch mit den Finanzen, die äußerst schwierig einzubekommen waren. Es gilt jetzt wieder aufzubauen. Zur Gewinnung neuer Mitglieder muß eine verstärkte Agitation einsetzten, ebenfalls für die Gewinnung von Leuten für die „Volksstimme“. Die Beitragszahlung muß wieder eine regelmäßige werden, mindestens 11 Beiträge sind im Durchschnitt im Vierteljahr zu zahlen. Der bei der Reichstags- und Gemeindevorstandswahl am 4. Mai 1924 zu verzeichnende Mitglied, wobei eine Anzahl Mehrheiten in Gemeindevorständen verlorengingen, allerdings auch einige neu gewonnen wurden, hat bei der Wahl am 7. Dezember 1924 eine Besserung zugunsten der Stimmenzahl für die Partei erfahren. Nachdem Genosse Ferk sein Reichstagsmandat übernommen hat, ist auch Genosse Nitsch Landtagsabgeordneter geworden. Auch die Reichstagsfraktionen haben Verringerungen erfahren, ohne daß eine Wahl erfolgte, indem verschiedene Genossen aus irgendwelchen Gründen ausscheiden mußten. Bernid wünscht innigeres Zusammenarbeiten der Kreisamtsmitglieder mit dem Sekretariat. Wenn über alle Vorkommnisse dem Sekretariat berichtet würde, dann dürfte manche Unstimmigkeit schneller behoben werden.

Für die Zukunft müssen alle Kräfte angepannt werden für den Ausbau der Organisation. Insbesondere müssen in allen Ortsvereinen Frauengruppen gegründet werden, auch muß die Organisation und Durchbildung der Arbeiterjugend stärker in Angriff genommen werden. Auch die Agitation für die Presse muß zum Herbst verstärkt einsetzen. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung und können von der „Volksstimme“ angefordert werden. Auch in den Arbeiter-Gewerkschaften, Turnvereinen usw. müssen die Parteifunktionäre sich ihrer Aufgabe bewußt sein und überall für die Partei werben. Wenn bei allen Funktionären die Arbeitsfreude in althergebrachter Weise wiederkehrt, dann wird und muß unsere Arbeit für die Zukunft von Erfolg sein.

Genosse Fabian berichtet über die Presse. Die Lezerzahl ist erheblich höher als vor dem Krieg. In Wolmirstedt-Neuhaldensleben waren am 1. Juli dieses Jahres 1187 Leser mehr als am 1. Juli 1914. Eine rege Agitation muß im September und Oktober erfolgen. Hierfür können Probenummern angefordert werden. Für den ganzen Bezirk sei zu sagen, daß die Auflage trotz Abnehmens der Bezirke Halberstadt, Hildesheim usw. nicht nur gehalten, sondern noch erhöht wurde. Für die Landarbeiter sei die „Landpost“ das Organ, das jeder Landarbeiter lesen müsse. Ab 1. August tritt eine Änderung in der Zustellung insofern ein, daß die Zeitung nicht mehr durch die Post zugehellt wird, sondern durch die Funktionäre des Landarbeiterverbandes.

Die Aussprache über den Geschäftsbericht war recht lebhaft. Genosse Ludwig (Obernied) und Kaporka (Zahlenmarsleben) forderten besseres Zusammenarbeiten der Parteifunktionäre mit dem Landarbeiterverband. Kaporka betonte lebhaft, daß die Parteigenossen in leitender Stellung der Gemeinden wie auch die Kreisamtsmitglieder aus Neuhaldensleben zur Konferenz nicht erschienen sind. Aus dem Kreise Wolmirstedt waren Kreisamtsmitglieder anwesend. Der Landrat Genosse Wähnen hat sich wegen dienstlicher Geschäfte im Rheinland entschuldigen lassen. Die Verammlung brachte allgemein zum Ausdruck, daß in der Zukunft erwartet wird, daß sich auch diese Genossen ohne besondere Einladung zur Konferenz einfinden.

Genosse Ferk vom Bezirksvorstand teilte mit, daß der Tätigkeitsbericht der einzelnen Unterbezirke in den schriftlichen Bericht des Bezirksverbandes aufgenommen wird. Wenn uns die Wahlen der letzten Zeit im allgemeinen auch nicht befriedigen können, so darf andererseits doch festgesetzt werden, daß der Bezirk Sachsen-Anhalt bei den Wahlen am 7. Dezember 1924 mit 33,2 Prozent der abgegebenen Stimmen im Reich an erster Stelle steht. Die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten sei lediglich als ein Erfolg der kommunistischen Partei zu buchen. Durch das Verhalten der K. P. D. sei der Rechten der Kampf geschwunden, die breiten Massen werden jetzt die Folgen dieser verheerenden Politik am eigenen Leibe zu verspüren bekommen. Es steht fest, daß die Zollvorlage noch vor den Sommerferien verabschiedet wird. Die Reaktion geht, wenn es sich um die Profitinteressen ihrer Anhänger dreht, rücksichtslos vor. Genosse Ferk erklärte alsdann noch die Stellung der Fraktion zur Zollvorlage im allgemeinen wie auch zur Landwirtschaft und zur Kleinbauernfrage. Die wichtigste Aufgabe für die Zukunft sei die geistige Durchbildung der Parteianhänger. Dies wird in erster Linie durch eifriges Lesen der Parteipresse geschehen, weiter aber auch durch die organisierte Bildungsarbeit, die im kommenden Winter und darüber hinaus geleistet werden muß. An der Aussprache beteiligten sich noch die Genossen Grimm (Wettlingen), Dohbertau (Wettlingen), Müller (Altenleben) und Genosse Schmidt vom Bezirksvorstand der Sozialistischen Arbeiter-Jugend.

Ueber den Bezirks- und Reichsparteitag sprach Bernid. Zum Reichsparteitag stellt jeder Kreis einen Delegierten. Gemählt wurde für den Kreis Neuhaldensleben Genosse Kaufsch (Wölpe) und für den Kreis Wolmirstedt Genosse Dohbertau (Wettlingen). Als Kandidat für den Reichsparteitag wird Genosse Bernid einstimmig vorgeschlagen. In der Frauenkonferenz am Montag den 3. August entsenden die Ortsvereine Eberdorf, Wolmirstedt, Niederbodeleben, Götensleben, Althaldensleben, Garbe, Neuhaldensleben und Schwanefeld je eine Genossin. Ein Antrag

des Unterbezirks Halbe-Hersleben, der die obligatorische Einführung der Sterbeunterstützung verlangt, gelangt nicht zur Abstimmung.

Ueber „Sozialdemokratie und Reichsbanner“ referierte Genosse Röber vom Gauborstand. Er betonte, daß die Gründung dieser Parteien wegen des unerhörten Aufstretens der schwarzweißen Verbände eine Notwendigkeit gewesen sei. Auch heute noch sei das Reichsbanner eine Notwendigkeit, um die völkischen Organisationen in Schranken zu halten. Bei der ganzen Tätigkeit unserer Funktionäre und Mitglieder dürfe aber nicht außer acht gelassen werden, daß die Tätigkeit für die Partei nicht vernachlässigt werde. Sehr wichtig sei, daß die Parteimitglieder im Reichsbanner auch regelmäßig die Parteiveranstaltungen besuchen, wie überhaupt notwendig sei, daß jedes Reichsbannermitglied sich in einer politischen Partei organisiere. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen.

Ueber „Kulturelle Aufgaben der Arbeiterbewegung“ sprach Genosse Barth (Berlin). Seine sehr interessanten Ausführungen wiederzugeben, würde über den Rahmen dieses Berichtes hinausgehen, ist aber auch nicht notwendig, da Genosse Barth in einer Anzahl von Orten in beiden Kreisen im Monat August Vorträge halten wird. Wir können den Besuch dieser Veranstaltungen auf den umliegenden Ortsvereinen empfehlen.

Die Wahl der Unterbezirksvorstände ergab die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder, ergänzt durch die Kreisleiter des Landarbeiterverbandes der beiden Kreise. Für den Kreis Neuhaldensleben ließ sich der Unterbezirksvorstand zusammen aus den Genossen Preuß, Matthies, Reddigau, Kaufsch, König, Nitz, Heinrich und W. Ludwig; für den Kreis Wolmirstedt aus den Genossen Schulze, Gehling, Dohbertau, Ullmerde, Schreiber, Duldhardt, Rothnagel und Kaporka. Unter „Verschiedenes“ wurde noch darauf hingewiesen, daß die Wähler des verstorbenen Genossen Ebert, eingetrahnt unter Glas, zum Preise von 2,70 Mark mit braunem und 2,90 Mark mit Goldrahmen vom Genossen Feldmann (Neuhaldensleben) bezogen werden können. Ortsvereine oder Genossen mögen sich an Feldmann wenden. Mit einem dreifachen Hoch auf die deutsche Sozialdemokratie schloß Preuß die Konferenz. —

Neuhaldensleben. Die Lebensmittel- und Getränkearbeiter hielten ihre Monatsversammlung ab. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten gab der Passierer Weise die Abrechnung und machte Ausführungen, die zum Ziele haben, eine geregelte Beitragsfassung durchzuführen. Die Versammlung beschloß, den Angelegenheiten Folge zu leisten, indem alle Kollegen den Vorstand in seiner Verwaltungsarbeit tatkräftig unterstützen wollen. Dann hielt Thauer (Magdeburg) einen Vortrag über die Belastung der Arbeiterkraft durch die Zoll- und Steuervorlage. Er führte aus, daß die Arbeiterkraft viel zuwenig Anteil an politischen Leben nimmt und daß viele Arbeiter durch ihr Verhalten mit dazu beigetragen haben, daß es jetzt die Reaktionen versuchen können, die durch den Krieg verursachten Lasten ganz auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung abzumwälzen. In Beispielen zeigte der Redner, welche Belastung die Arbeiterkraft trifft, wenn die Zoll- und Steuervorlagen Gesetz werden. In diesen Vorkämpfen nimmt die Sozialdemokratie die Interessen der Arbeiterkraft mit allem Nachdruck wahr und setzt sich gegen eine weitere Belastung der wertvollen Bevölkerung zur Wehr. Aber sie findet in erheblichen Teilen der Arbeiterkraft keinerlei Unterstützung, sondern wird noch verleumdet und bekämpft. Gedenkt doch viele Arbeiter bei den letzten Wahlen die reaktionären Parteien gewählt, die jetzt alles daransetzen, den Reiz zu schonen und die Armen zugunsten der Reichen zu belasten. Die Arbeiterkraft muß sich zusammenschließen in der Sozialdemokratischen Partei, um den Ausbruch auf die Taschen des wertvollen Volkes abzuwehren. Zum Schluß wurden noch Klagen gegen die Firma Klauenhahn, Giffel, Spirituosen- und Kaffeehandel, vorgebracht. Die Verhandlung wurde beauftragt, zu versuchen, die Beschwerden zu beheben. —

Stadtkreis Burg.

Auf zum Kreisgewerkschaftsfest! Die Vorbereitungen zum großen Gewerkschaftsfest in Loburg am Sonntag den 19. Juli sind getroffen. Ein reichhaltiges Programm bietet Abwechslung in Fülle. Wir erwarten reges Interesse der Burger Arbeiterkraft. Die Kreisorte werden stark vertreten sein. Der Sonderzug der Kleinbahn fährt Punkt 8 Uhr früh ab Zerbster Tor. Die Fahrteilnehmer müssen sich um 7 1/2 Uhr dort versammeln. Fahrkarten zum Preise von nur 1,50 Mark für Erwachsene sind ab Freitag und Sonnabend von 9 bis 1 Uhr und von 3 bis 7 Uhr im Sekretariat zu entnehmen. Kinder unter 14 Jahren werden frei befördert. Abfahrt Zerbster Tor 8 Uhr vormittags, Ankunft in Loburg gegen 10 Uhr. Abfahrt von Loburg 8.10 Uhr abends, Ankunft Zerbster Tor gegen 10 Uhr. Die Radfahrer treffen sich früh 7 Uhr am Zerbster Tor zu gemeinsamer Fahrt. Der Vorstand des Ortsausschusses.

Protest der Behördenangestellten. Der Zentralverband der Angestellten beantragte eine Protestversammlung gegen die geplante Verdrängung der Angestellten durch Versorgungsamtsarbeiter. Ueber die Bevorzugung der Versorgungsamtsarbeiter sprach Kollege Duldhardt (Wolmirstedt). Er unterzog den Wehrmachts-Gesetzentwurf einer eingehenden Kritik. Die Bedeutung dieses Gesetzes liegt darin, daß in Zukunft den Inhabern des Zivildienstjahres nicht nur Beamtenstellen, sondern auch die im Wege des Privatdienstvertrags zu besetzenden Stellen bei den Reichs-, Landes-, Kommunalbehörden und bei sonstigen öffentlichen Körperschaften offenstehen sollen. Das gleiche soll gelten für alle wirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinden, die in Gesellschaftsform übergeführt worden sind. In der Entschiedenheit an die Reichsregierung, den Reichstag und das Reichswehrministerium wurde zum Ausdruck gebracht, daß durch die beabsichtigte Aenderung des Wehrmachtsversorgungsgesetzes die soziale Lage der Angestellten unerhört verschlechtert wird. Dagegen protestieren die Angestellten und verlangen, daß die Berufsangestelltenschaft keine Benachteiligung zugunsten der Versorgungsamtsarbeiter erfährt, daß also die Vorlage zur Aenderung des Wehrmachtsversorgungsgesetzes, weil sie unsozial ist, abgelehnt wird. —

Kreis Serichow 1.

Unterbezirkskonferenz in Burg.

In den festlich geschmückten Räumen des Gewerkschaftshauses eröffnete Genosse Stendel die Tagung des Unterbezirks. Genosse Blum erstattete den Geschäftsbericht. Schwere Arbeit ist geleistet worden. Die Wahlen haben besonders große Anforderungen an die Opferfreudigkeit und Arbeitskraft der Genossen gestellt. Der Redner schilderte dann die durch die letzten Reichstagswahlen entstandene Zusammenfassung des Kreisparlamentes. Unsere bisherige Majorität ist verlorengegangen und die als Demokraten gewählten Vertreter sind als Verlierer zu bezeichnen. In verschiedenen Orten muß die schlechte Wahlbeteiligung gerügt werden. Zielbewußtes, unermüdeltes Arbeiten ist notwendig, um für die zukünftigen Wahlen gerüstet zu sein.

Die Verhältnisse der Organisation im allgemeinen sind als gut zu bezeichnen, ausgenommen in den Ortschaften, wo es schon von jeher schwergehalten hat, festen Fuß zu fassen. Auch in der Frauenbewegung ist ein Fortschritt zu verzeichnen. Aber trotzdem muß noch mehr zur Förderung dieser wichtigen Bewegung getan werden. Die Jugendbewegung hat sich im allgemeinen nur auf Burg beschränkt. Verschiedene Versuche, um Jugendgruppen in andern Orten des Kreises zu bilden, haben bisher noch nicht den erwarteten Erfolg zu verzeichnen gehabt. Auf dem Gebiet des Bildungswesens wird es notwendig sein, für die Gemeindevorstandsvorträge zu halten, um sie über alle Gemeindefragen, besonders das Steuerwesen, zu unterrichten. Genosse Blum ging dann auf die Bewegung des Reichsbanners ein, die er als notwendig bezeichnete und die eine große Ausdehnung angenommen hat. Es darf aber nicht darobkommen,

daß die Partei hinter das Reichsbanner gestellt wird, wie es leider schon oft zu bezeichnen war. Eine rege Arbeit für unsere Partei muß einsetzen, um sie zu dem Ansehen zu bringen, das ihr gebührt.

Genosse Reimelt jun. erstattete den Bericht der Pressekommision. Unsere Parteizeitung hat seit der Stabilität des Geldes gute Fortschritte gemacht. Eine noch größere Verbreitung der „Volksstimme“ ist notwendig, um die sozialistischen Ideen, besonders auch in der Gemeindepolitik, zu verbreiten. In allen Ortsvereinen muß Propaganda für die „Volksstimme“ gemacht werden.

Reichstagsabgeordnete Genossin Arning sprach über die politischen Verhältnisse des Reiches und die Stellung der Parteien zu den verschiedensten Vorlagen im Reichstag. Auf die Befestigung der Ämter in den Regierungs- und Amtsstellen muß unsere Partei versuchen, auf Grund ihrer Stärke mehr Einfluß zu gewinnen. Die Frauenbewegung ist im Begriff, sich überall gut zu entwickeln, sie muß nachdrücklich gefördert werden.

Genosse Crummenzler wies auf die Notwendigkeit intensiver Bildungsarbeit hin. Es muß auf diesem Gebiet noch viel mehr getan werden. Die Macht der Partei kann erst dann richtig ausgenutzt werden, wenn uns gut geschulte Kräfte in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Diese müssen herangebildet werden.

In der Aussprache beteiligten sich die Delegierten Reimelt jun., Anna Eiß, Fißel und Werner aus Burg, Maier (Randaun), Ebbrecht (Gersdorf) und Cours (Detershagen). Genosse Plum ging im Schlußwort auf die Anregungen der Delegierten ein und zerstreute verschiedene Bedenken.

Dann nahm die Konferenz Stellung zum Bezirksparteitag. Genosse Reimelt berichtete über die Statutenänderungen, die mit einer Änderung betreffend Gemeindevahlen gutgeheißen wurden. Die Anträge, die von der Konferenz angenommen wurden, verlangten, daß bei Aufstellung von Kandidaten für den Reichs- wie Landtag nur ein von der Partei befohlenes Mitglied des Bezirksvorstandes auf die Kandidatenliste gesetzt wird, und daß der Wahlkreis Zerchow 1 eine Kandidatur an ausführender Stelle erhält.

Als Delegierte zum Bezirksparteitag in Magdeburg wurden gewählt die Genossen Gänisch (Burg) und Senzel (Gommern). Für die Frauenkonferenz wurden die Genossinnen Eiß und Schulze (Burg), Cours (Detershagen), Blachnid (Niesgrupp) und Krenzle (Gommern), zur Stellvertretung wurden die Genossinnen Maier (Burg) und Threchi (Niederich) bestimmt. Als Kandidat zum Parteitag in Seidelberg wurde Genosse Plum in Vorschlag gebracht.

Dieser sprach dann über die Aufstellung von Kandidaten zum Provinziallandtag und Kreisrat. Die Aufstellung bleibt dieselbe, mit Ausnahme zum Provinziallandtag, da Burg einen eignen Kandidaten aufgestellt hat. Genosse Plum wurde als Kandidat für den Provinziallandtag vorgeschlagen. Kleine Veränderungen zum Kreisrat wurden vorgenommen. Ueber die Verteilung der Hauszinssteuerzuschüsse für 1924/25 und die Verhältnisse bei der Mitteldeutschen Heimstätte gab Landrat Genosse Gebhardt auf Antrag der Genossen aus Randaun in ausführlicher Weise Aufschluß.

Ein Unterbezirksbildungsausschuß wurde gewählt. Die Vorstandswahl ergab als 1. Vorsitzenden Genossen Stendel, als 2. Vorsitzenden Genossen Gebhardt, als Pressekommisionsmitglied Genossen Reimelt jun. Die übrigen Mitglieder werden vom Ortsverein Burg gewählt. Genossin Eiß gab noch Bericht über die Arbeiterwohlfahrt, dann schloß Genosse Stendel die Tagung, die betonen hat, daß die sozialistische Bewegung trotz aller unheimlichen Angriffe und Verleumdungen im Wachsen begriffen ist. Wir dürfen nicht erlahmen, sondern müssen alle Kräfte anspannen zum Siege des Proletariats. Mit dem Gesang der Internationale gingen die Delegierten aus dem Tagungssaal zu neuer Arbeit für den Sozialismus.

Kreis Halle.

Alten. Eine wichtige Parteiverammlung findet am Donnerstag den 16. Juli beim Genossen Hegeler statt. Genosse Peters (Magdeburg) wird über die politische Lage referieren. Alle Mitglieder müssen erscheinen. — Stadiverordneten-Sitzung Freitag abend. Die Tagesordnung umfaßt 13 Punkte.

Größe. Die Parteiverammlung war gut besucht. Genosse Duldhardt machte einige geistreiche Mitteilungen und forderte auf, die Vorbereitung für die Partei und die „Volksstimme“ nicht ruhen zu lassen. Kreisreferent Genosse Peters gab Anregungen zur Mitgliederwerbung und sprach über die Aufgaben des Bezirksparteitags und die beabsichtigte Einführung einer obligatorischen Sterbepflicht für den Bezirk. Dieses Vorhaben wurde beifällig aufgenommen. Die Genossen Häferer, Ziem, Schüler und Lange beteiligten sich an der Aussprache. Genosse Günth Krause gab den Kartenbericht. Dann hielt Genosse Peters einen interessanten Vortrag über Joll, Eisen- und Ankerungsfragen. In der Diskussion nahmen die Genossen Duldhardt und Häferer das Wort und Genosse Schüler besprach Angelegenheiten im Orte sowie die Halle-Lange und Hameier. Auf die schmutzige Geze gegen den Genossen Lange haben die Wähler eine Abfuhr erteilt, und jetzt soll die Geze gegen den Genossen Hameier erfolgen. Die ganze Geze richtet sich vor allem gegen die Sozialdemokratische Partei. Mit der Aufjoderung, jeder Genosse möge seine Echtheit für die Partei tun, wurde die Versammlung geschlossen.

Groß-Salze. Eine große republikanische Kundgebung findet am Sonntag um 3 Uhr auf dem Marktplatz statt. Die republikanische Bevölkerung wird um Teilnahme gebeten. Gemeinsam mit den Fahnen der Republik zeigt die schwarzrote-goldene Farben! Dekorationsmaterial muß rechtzeitig bei den Gruppenführern des Reichsbanners oder beim Kameraden Lubowitz bestellt werden.

Fr.-Spreche. Parteiverammlung. Am Sonntag den 19. Juli, nachmittags 3 Uhr, findet bei Hermann Petermann eine äußerst wichtige Mitgliederversammlung statt. Unser Sekretär, Genosse Peters, hält einen Vortrag über die politische Lage. Genossen und Genossinnen, laßt die Sonne und Zunderlosigkeit fallen, seid wieder aktiv für die Partei tätig und erscheint alle in der Versammlung.

Schönebeck. Der Mieterverein hielt eine Protestversammlung gegen die unverschämten Forderungen der Hausbesitzer-Vereine ab. Um den Zweck dieser Versammlung abzusprechen, hatte der Hausbesitzerverein ein Inserat in den hiesigen Zeitungen erlassen, in dem er auf angebliche Unrichtigkeiten in den Behauptungen von Seiten der Mieter hinwies. An Unterlagen für die Vorlesung des Mietervereins den Gegenbeweis und Durchdringung des Räuber der Hausbesitzer. Der Referent, Genosse Becker (Magdeburg), ging dann zu der Forderung von 150 Prozent Preiserhöhung durch die Hausbesitzer-Vereine über und machte darauf aufmerksam, daß diese realistische Kräfte am Werke sind, um den jetzt noch vorhandenen Mieterstand wiederzugeben, damit das Haus wieder eine bessere Existenzquelle mit freier Wohnung für den Hausbesitzer wird. Es fehlen in Deutschland immer noch 1 1/2 Millionen Woh-

nungen, diese können nicht durch erhöhte Mieten geschaffen werden. Das rote und grüne Kartensystem, auch in Schönebeck, ist nur zum Schaden der Mieter, denn es begünstigt in den allermeisten Fällen nur die eignen Verwandten der Hausbesitzer, denn andere Mieter mit ihren Kindern und nicht gut gestellte Mieter werden nicht in größere Wohnungen kommen. Darum fort mit diesem Kartensystem. Viele Mieter haben in erster Linie selbst schuld, daß der Mieterschub in Gefahr ist, denn sie haben bei den Wahlen die rechtsstehenden Parteien gewählt, die für den Hausbesitz eintreten. Besonders trifft das auf die Gewerbetreibenden zu, welche zur Miete wohnen. Die Mietervereine müssen stärker werden; alle Mieter müssen sich organisieren, ehe es zu spät ist. Aus dem Geschäftsbericht geht die Stabilität des Vereins hervor. Die angestregten Klagen und die Auskunftsverteilung haben dem Vorstand große Arbeit gemacht. Auskunft wird wie bisher Dienstags von 8 bis 10 und Sonntags von 10 bis 12 Uhr bei Biermann („Deffauer Hof“, Salzer Straße 12) erteilt. Eine Entschädigung gegen eine Mieterhöhung an das Wohlfahrtsministerium wurde einstimmig angenommen.

Schönebeck. Ein junger Kuntreiter. In der Nacht zum Montag ist am Bahnhof ein 11jähriger Junge aus Magdeburg von der Polizei aufgegriffen worden, der sich schon in Magdeburg auf dem Roten Horn herumgetrieben hatte. Durch die Polizei wurde er der elterlichen Wohnung wieder zugeführt. — Die Auszahlung der Sozialrente an Invaliden, Witwen und Waisen für Juli findet am Donnerstag den 16. Juli in der bisher üblichen Reihenfolge statt. Räumliche Abholung ist nötig.

Schönebeck. Tödlich berunglückt. Am Dienstag nachmittags um 3 Uhr wurde der Eisenbahnersekretär Riesel auf dem Güterbahnhof vom Zuge 6587 erfasst und etwa 50 Meter mit fortgeschleift. Hierbei wurden ihm die linke Hand und das linke Bein vom Rumpfe getrennt, so daß der Bedauernswerte sofort tot war. Der berunglückte Beamte war erst kürzlich von einer schweren Operation geheilt und stand im 52. Lebensjahre. Er war eben vom Urlaub zurückgekehrt und tat erst wieder den zweiten Tag Dienst.

Stahfurt. Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich im Juni am Orte nicht gebessert. Für die Landwirtschaft wurden nach außerhalb Arbeitskräfte verlangt, die schon etwas von Landwirtschaft verstehen. Leider waren solche nicht mehr vorhanden. Im Bergbau konnten hier einige Förderleute untergebracht werden, nach außerhalb wurde für Kohlentagebau und Kali Kräfte verlangt, die Vermittlung scheiterte vielfach an den ungunstigen Unterkunftsverhältnissen. Die Lage in der Metallindustrie war nicht einheitlich. Dreher konnten fast reiflos untergebracht werden, ebenso blieben Klempner gesucht, dagegen waren die Ausichten für Schlosser schlecht. Ein Betrieb schränkte die Arbeitszeit ein und entließ eine Anzahl Leute; ein anderer ließ einen Teil der Belegschaft feiern. Im Holzgewerbe wurden einige Entlassungen vorgenommen. An ungelerten Arbeitern war wenig Bedarf. Für kaufmännische und Bureauangestellte sind die Ausichten recht ungunstig, auf eine Besserung ist auch noch nicht zu rechnen. Weibliche Arbeitskräfte wurden laufend für die Landwirtschaft gesucht. Die Stellen konnten nicht besetzt werden, weil wenig Neigung dafür bei den schlechten Arbeitsbedingungen vorhanden war. Arbeitsgesuche für den Haushalt waren genügend vorhanden, doch fehlte es an offenen Stellen für Angelernte. Mangel ist an guten geleerten weiblichen Kräften für den Haushalt. Arbeitslos im Bezirk blieben Ende Juni insgesamt 657 Personen, davon ungefähr die Hälfte in Stahfurt. Vermittelt wurden 77 Personen, erwerbslos unterstützt wurden 399 mit 819 Zuschlagempfindern. An Unterstützungen wurden insgesamt 15 943 Mark ausgezahlt.

Altmari.

Stendal. Wichtige Parteifunktionsär-Sitzung morgen (Donnerstag) abend 8 Uhr im Parteisekretariat. Alle Helfer und interessierten Genossen müssen unbedingt erscheinen.

Tangermünde. Frauenabend heute (Wittwoch) abend 8 Uhr in der Genossenschaft. Vortrag des Sekretärs Genossen Müller (Stendal), Bericht von der Konferenz der Arbeiterwohlfahrt und Wahl einer Delegierten zur Frauenkonferenz in Magdeburg. Anschließend gemütliches Zusammensein. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Tangermünde. In großen Schreien berstet wurden die Eltern zweier Kinder. Am Sonntag, kurz nach Mittag, gingen zwei sechsjährige Mädchen in den Wald, um Blumen zu pflücken. Da sie aber spät abends noch nicht zurückgekehrt waren, setzte man alles in Bewegung, um sie ausfindig zu machen. Die Nacht verging, ohne daß man die Mädchen fand. Da kam am Montag morgen von Zuberitz die telephonische Nachricht, daß zwei Mädchen dort eingetroffen seien, die sich verlaufen haben. Die Freude der Eltern war groß.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Reichsbannerfest in Schnarleben.

Wom jüngsten Weiter begünstigt, fand am Sonntag auf dem Markte eine große Werbeveranstaltung des Reichs-Wohlfahrtsfestes statt. Um 2 Uhr formierte sich ein für Schnarleben gewohnter Anzug, in dem neben den vielen schwarzrotgoldenen Fahnen fast ebenso viele Reichsbannerkapellen marschierten. Der eindrucksvolle Reihenschritt, den die übergroße Mehrzahl der Schnarlebener Häuser angelegt hatte, bewies, daß hier der republikanische Gedanke fest verankert und hochachtungswürdig ist. Das Verbot eines Arbeitgebers, daß die ihm gehörigen Werkwohnungen anlässlich des Reichsbannerfestes nicht geschmückt werden dürfen, wurde mehr als lächerlich. Schade nur, daß trotz alledem dieser und manch anderer fanatische Nationalist nie wird begreifen lernen, daß die von ihm zurückgewiesene reaktionäre kaiserliche Vorkriegszeit unabweislich dahin ist. Anschließend an dem Anzug fand auf dem Markte am Fuße der Bismarckwarte der Festakt statt. Nachdem Kamerad Duldhardt die Ergebenheiten namens der Kreisleitung begrüßt hatte, nahm das Bundesvorstandsmittglied Landtagsabgeordneter Kamerad Brandenburg das Wort zur großartig angelegten Rede. „Wir befinden uns auf historischem Boden“, führte der Referent aus. „Jene Partei ist dem erhabenen Angler zum Gedächtnis geweiht. Er war der große Gegner jenes Gedankens, den wir zu verteidigen gewillt sind. Er war Gegner der Demokratie und der Republik. Die Zeit ist über ihm weit hinweggeschritten. Aus dem fürchterlichen Zusammenbruch des kaiserlichen Deutschlands gelang es der Demokratie, die Einheit des Vaterlandes durch die Gründung der Republik zu retten. Wir wissen, daß Deutschland nur als Republik weiterbestehen kann und wird und sind deshalb gewillt, alles für diese Republik herzugeben. Etwas gedachte er aller Krieges- und Revolutionsterror und aller der Räuber, die ihr Leben für die junge Republik ans Liebe zum Vaterland in die Schanze geschlagen und gestopft haben. Entschieden Hauptes und bei ge-

senkten Fahnen ehrten die Kameraden die Opfer, während eine Musikkapelle „Ich hatt' einen Kameraden“ spielte. Während führte der Redner aus, daß wir uns nicht durch das Geschick des Stahlhelms, Jungbos und Bismarcks beirren lassen werden, sondern gemeinsam mit allen vernünftigen Menschen der Erde nach einer gerechten Befriedigung der Welt streben werden. Als Soldaten des Friedens und der Republik bekämpfen wir den Bürger und Völkerverderber Krieg auf das entschuldigste. Ein dreifaches Frei Heil!, ausgebracht von allen Versammelten, unterstrich den Willen des Einberufenden mit diesen Forderungen. Nachdem die Strapaz, „Einigkeit und Recht und Freiheit“ verklungen war, marschierten die Kameradschaften in die Festhalle, wo ein gemütliches Beisammensein den Rest des Tages ausfüllte. Die Werbeveranstaltung war ein wohlgeplanter Auftakt zur Reichsbannerwoche, die am 30. August in Wolmirstedt stattfinden wird.

Groß-Ottersleben. Morgen (Donnerstag) treffen sich die Kameraden bei Körling zum Agitationsausmarsch nach Klein-Ottersleben. Alle Kameraden müssen antreten. Am Sonntag vormittags 11 Uhr Abmarsch nach Bommersdorf zur Fahnenweihe. Abfahrt von Langenweddingen 12.52, Fahrpreis 0,20 Mark. Radfahrer fahren zur selben Zeit von Körling ab. Fahrerleiter Kamerad Fr. Voegel.

Groß-Salze-Elmen. Am Sonntag veranstaltet die Ortsgruppe eine große republikanische Kundgebung. Der Anzug beginnt um 2 Uhr von Villa Bismarck an. Eine ganze Anzahl Ortsgruppen der Umgegend haben ihre Beteiligung zugesagt. Kameraden, die vormittags eintreffen, haben Gelegenheit, das Grabdenkmal zu besichtigen. Von 4 Uhr ab Konzert im Kurpark. Am Sonnabend Kommerz im „Alten Deffauer“. Alle Ortsgruppen der Umgegend sind zum Feste willkommen.

Olsenstedt. Monatsversammlung Freitag abend 8 Uhr bei Kamerad Denecke. Wichtige Tagesordnung. Alle haben zu erscheinen.

Tangermünde. Am Sonntag den 19. Juli veranstaltet die Ortsgruppe Genthin eine Reichsbannerwoche. Wir laden unsere Kameraden hierdurch ein, sich recht zahlreich zu beteiligen. Abfahrt von Fischbeck 7.32 Uhr vormittags; Ankunft in Fischbeck 11 Uhr abends; Radfahrer treffen sich um 9 Uhr in der Genossenschaft. — Am Freitag den 17. Juli findet in der Genossenschaft eine Generalversammlung statt. Es ist Pflicht jedes Kameraden, zu erscheinen.

Warenmärkte.

Magdeburger Viehmarkt.

Magdeburg, 14. Juli. Aus dem städtischen Schlacht- und Viehhof wurden aufgetrieben: 752 Rinder, und zwar 89 Ochsen, 163 Kühe, 500 Färsen und Kübe, 47 Ferkel, 440 Schafweiden, 2, 37 Schweine. Bezahlt für 1 Dmnd Lebendgewicht.

a) vollfleischige, ausgewässerte höchsten Schlachtwerts, die noch nicht gezogen haben (ungepocht)	50-58	Gold-Dlg.
b) vollfleischige, ausgewässerte im Alter von 1 bis 7 Jahren	42-50	Gold-Dlg.
c) junge Fleischige, nicht ausgewässert u. ältere ausgewässerte	35-38	Gold-Dlg.
d) mäßig genährte junge und gut genährte ältere	25-28	Gold-Dlg.
B. Ferkeln:		
a) vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwerts	52-58	Gold-Dlg.
b) vollfleischige, jüngere	46-51	Gold-Dlg.
c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere	40-45	Gold-Dlg.
C. Ferkeln und Kübe:		
a) vollfleischige ausgewässerte Ferkeln höchsten Schlachtwerts	58-60	Gold-Dlg.
b) bis zu 7 Jahren	44-52	Gold-Dlg.
c) ältere, ausgewässerte Kübe und wenig gut entwickelte	30-43	Gold-Dlg.
d) mäßig genährte Kübe und Ferkeln	28-36	Gold-Dlg.
e) gering genährte Kübe und Ferkeln	18-22	Gold-Dlg.
D. Gering genährtes Jungvieh (Ferkel)		
a) Doppellender feinsten Mast	—	Gold-Dlg.
b) feinste Mastfäher	65-75	Gold-Dlg.
c) mittlere Mast- und beste Saugfäher	55-64	Gold-Dlg.
d) geringe Mast- und gute Saugfäher	42-54	Gold-Dlg.
e) geringere Saugfäher	30-40	Gold-Dlg.
III. Schafe. A. Stallmastschafe:		
a) Mastlamm und jüngere Mastlamm	48-53	Gold-Dlg.
b) ältere Mastlamm, geringere Mastlamm und gut genährte junge Schafe	38-46	Gold-Dlg.
c) mäßig genährte Lamm und Schafe (Vergleichs)	20-35	Gold-Dlg.
IV. Schweine:		
a) Fettfleisch über 150 kg (3 Zentner) Lebendgewicht	84-86	Gold-Dlg.
b) vollfleischige von 120-150 kg (3-300 Pfd.) Lebendgewicht	84-88	Gold-Dlg.
c) vollfleischige von 100-120 kg (200-240 Pfd.) Lebendgewicht	82-85	Gold-Dlg.
d) vollfleischige von 80-100 kg (160-200 Pfd.) Lebendgewicht	78-82	Gold-Dlg.
e) vollfleischige unter 80 kg (160 Pfd.) Lebendgewicht	72-77	Gold-Dlg.
f) unreine Sauen	70-80	Gold-Dlg.
g) geschnittene Eber	—	Gold-Dlg.

Verkauf und Tendenz: langsam. Ueberhand: 60 Rinder, — Kalber, — Schafe, — Schweine. Die Preise sind Marktpreise für nichterndene Tiere und (schlechte) sämtliche Preise des Handels ab Stall für Frachten, Markt- und Verkaufskosten, Umzugssteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Marktpreise erheben.

Der Preis für Weißbrot

(ausf. Verbrauchssteuer und Sach) beträgt für 50 Kilogramm netto ab Verladehalle Magdeburg und Umgebung bei Mengen von mindestens 200 Zentnern bei prompter Lieferung innerhalb 10 Tagen und bei Lieferung per Juli 21/2 Rk. für gemahlene Weizen, Tendenz ruhig.

Berliner Produkten-Börse vom 14. Juli.

An der Ritttagbörse wurden notiert ab Station (Preis in Goldmark): Nr. 420—1 Dollar (Goldanleihe); Weizen, märkischer 268,50, mecklenburg. — Roggen, märkischer 225—228, pommerischer —, mecklenburger —, Weizen 200—215, Futtergerste 200—215, Hafer, märkischer 235—248, Weizenmehl 33,50—36,00, feinstes Mehl über 250, Roggenmehl 31,00—33,25 Weizenmehl 12,70, Roggenmehl 13,40, Raps 340—355, Leinöl —, Zittererbsen 28—34, kleine Erbsen 25—26,50, Futtererbsen 22,00—26, Weizen 23,00—24, Futtererbsen 24—26, Weizen 26—27,50, Lupinen, blaue, 12—13,00, gelbe 15,00—16,50, Gerste, neu, —, Rapssamen 15,50—17,70, Leinöl 22,00, Erdnöl 22,00, prompt 11,20, Zittererbsen —, Formelasse 30,70, Preis, 2,50, Kartoffelstodden 24,20—24,40, Getreide und Vorkaaten pro 100 Kilogramm, das übrige pro 100 kg.)

Briefkasten.

W. W. Westeregeln. Beschwade beim Landrat. — Berichterkatter Burg. Die Berichte konnten wegen Platzmangel nicht sofort veröffentlicht werden, das wird bei Stoffanhang immer wieder vorkommen. Berichterkatter Gruppe. Schon in der Zeitung erwähnte Sachen können im Verlaufsbericht nicht noch einmal gebracht werden. Eine Ausstellung über Berichterkatter ist uns noch nicht zugegangen.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

MONNA VANNA
im gelben Gewande
DIE 5 ZIGARETTE
ADLER-COMPAGNIE A.G. DRESDEN

Sonntag den 19. Juli: Republikanische Kundgebung in Bad Elmen
Günstigste Verbindung für Magdeburg mit Dampfer ab Strombrücke.

mal, wenn sie den Sägen entziehen, würden sie ihn fauler machen. Die Zeit selber hingeben, ist ihnen in dem letzten Augenblicke, wenn sie sich, schnell genug um neue Aufregung zu bemühen, nur immer wieder das Gefühl und die Lust zu verlieren, die sie durch die Arbeit der Sägen zu gewinnen pflegen. Die Arbeit der Sägen ist eine harte, mühsame, und die Sägen sind die Werkzeuge, die sie dazu gebrauchen. Die Arbeit der Sägen ist eine harte, mühsame, und die Sägen sind die Werkzeuge, die sie dazu gebrauchen. Die Arbeit der Sägen ist eine harte, mühsame, und die Sägen sind die Werkzeuge, die sie dazu gebrauchen.

Strickengeldstücken.

Die Zeit der Stricken ist nun wieder da, und wir erfreuen uns an dieser „Zeit der Stricken und der Stricken“, wie sie bei den Stricken der Stricken ist. Die Zeit der Stricken ist eine harte, mühsame, und die Stricken sind die Werkzeuge, die sie dazu gebrauchen. Die Zeit der Stricken ist eine harte, mühsame, und die Stricken sind die Werkzeuge, die sie dazu gebrauchen.

Stricken ist eine harte, mühsame, und die Stricken sind die Werkzeuge, die sie dazu gebrauchen. Die Zeit der Stricken ist eine harte, mühsame, und die Stricken sind die Werkzeuge, die sie dazu gebrauchen. Die Zeit der Stricken ist eine harte, mühsame, und die Stricken sind die Werkzeuge, die sie dazu gebrauchen.

Die Geschichte des Papiers.

Man hat unter Gelehrten das „Papier“ genannt, eine ausgedehnte Geschichte, indem es uns die wichtigsten Hilfsmittel der Wissenschaften zeigt. Die Geschichte des Papiers ist eine harte, mühsame, und die Papiere sind die Werkzeuge, die sie dazu gebrauchen. Die Geschichte des Papiers ist eine harte, mühsame, und die Papiere sind die Werkzeuge, die sie dazu gebrauchen.

Von Sand und Denten.

Die Geschichte des Sandes ist eine harte, mühsame, und die Sande sind die Werkzeuge, die sie dazu gebrauchen. Die Geschichte des Sandes ist eine harte, mühsame, und die Sande sind die Werkzeuge, die sie dazu gebrauchen. Die Geschichte des Sandes ist eine harte, mühsame, und die Sande sind die Werkzeuge, die sie dazu gebrauchen.

Naturgeschichte des Menschen.

Die Naturgeschichte des Menschen ist eine harte, mühsame, und die Menschen sind die Werkzeuge, die sie dazu gebrauchen. Die Naturgeschichte des Menschen ist eine harte, mühsame, und die Menschen sind die Werkzeuge, die sie dazu gebrauchen. Die Naturgeschichte des Menschen ist eine harte, mühsame, und die Menschen sind die Werkzeuge, die sie dazu gebrauchen.

Die Geschichte des Menschen ist eine harte, mühsame, und die Menschen sind die Werkzeuge, die sie dazu gebrauchen. Die Geschichte des Menschen ist eine harte, mühsame, und die Menschen sind die Werkzeuge, die sie dazu gebrauchen. Die Geschichte des Menschen ist eine harte, mühsame, und die Menschen sind die Werkzeuge, die sie dazu gebrauchen.

Statuten des Reiches.

Die Statuten des Reiches sind eine harte, mühsame, und die Statuten sind die Werkzeuge, die sie dazu gebrauchen. Die Statuten des Reiches sind eine harte, mühsame, und die Statuten sind die Werkzeuge, die sie dazu gebrauchen. Die Statuten des Reiches sind eine harte, mühsame, und die Statuten sind die Werkzeuge, die sie dazu gebrauchen.